

Revolution in der islamischen Welt – oder religiöser Irrsinn?



Iranische Revolution und deutsche Arbeiterklasse

Welche Bedeutung kann die iranische Revolution für uns in der Bundesrepublik und in Westeuropa haben. Warum und inwieweit — so können wir die Frage erweitern — sind die weltpolitischen Entwicklungen und Auseinandersetzungen für uns so wichtig, die mit der iranischen Revolution verbunden sind.

Es sind verschiedene Gründe, auf einige wollen wir eingehen. Für den Kampf um die täglichen Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung in der BRD haben die Ereignisse im Iran scheinbar nur eine untergeordnete Bedeutung. Aber für die zukünftige politische Entwicklung der Bundesrepublik ist das anders. Die iranische Revolution findet ihren Hauptwidersacher im amerikanischen Imperialismus und seinen Verbündeten. Die USA fordern jetzt von ihren Verbündeten in Europa »Solidarität«. Die Bundesrepublik, soweit sie durch Regierung und Bonner Parteien repräsentiert ist, hat sich zu dieser Solidarität mit den USA bekannt und muß ihr Opfer bringen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die werktätige Bevölkerung diese »Solidarität« bezahlen muß.

Nur politisch Naive können glauben, daß die USA kampfflos auf die Kontrolle über eine der wichtigsten Quellen ihres Profits und ihrer wirtschaftlichen Macht verzichten würden. Eher sind sie bereit, die einheimischen Vertreter ihrer imperialistischen Herrschaft (wie z.B. den Schah) auszuwechseln, auch umbringen zu lassen, wenn es nützlich und erforderlich für diesen Zweck ist.

Auch für den amerikanischen Imperialismus kam die Revolution überraschend, vor allem die einem Erdbeben gleichende Massenenergie, die sich im Iran entlud, läßt sie erschrecken. Der nach langem Zögern schließlich vorgenommene Rücktritt des Schahs, seine Flucht aus dem Lande kam

viel zu spät und konnte schon deshalb nicht die erhoffte beruhigende Wirkung haben. Wohin auch immer jetzt der Schah kommt auf der Suche nach einem Asyl, sieht die Bevölkerung in ihm einen Repräsentanten des verhaßten amerikanischen Imperialismus. So erklärte in Panama, seinem letzten Zufluchtsort (da wir dies schreiben), der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei, daß »die Anwesenheit des Schahs unser Land zu einem Partner der meist verhaßten Regierung des gegenwärtigen Jahrhunderts macht.« — Er fügte dann hinzu: »Omar Torrijos und der Schah haben einen gemeinsamen Ursprung — sie sind Manager des Imperialismus. In diesem Fall wurde der General zu einem Akt der Solidarität veranlaßt mit einem Führer, den er bewundert. Was der Schah im Iran war, stellt er (General Torrijos) in Panama dar.«

Jede Revolution bringt Erfahrungen, die wichtig sind auch außerhalb des Landes, in dem sie stattfindet. Für die Arbeiterbewegung in Deutschland sind die Ereignisse im Iran besonders wichtig, weil die heutige Generation kaum konkrete Vorstellungen davon hat, was soziale Revolutionen sind, welche Probleme sie aufwerfen. Bürgerliche Beobachter haben stets Revolutionen als das Werk revolutionärer Führer oder Parteien hingestellt. Die Wirklichkeit beweist das Gegenteil. Revolutionen sind gesellschaftliche Ereignisse, die die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen erschüttern und in ihrem Wesen verändern. Wenn die Verhältnisse reif sind, genügen schon kleine Funken oder Zwischenfälle, um die bis zum Bersten gespannten Fesseln der überlebten alten Ordnung endlich zu sprengen. Auch Sozialisten lassen sich häufig über das Wesen revolutionärer Bewegungen und Erschütterungen durch deren religiöse oder ideologische Verkleidung täuschen. Die islamischen Länder haben eine andere Entwicklung durchgemacht als die, deren herrschende Religion das Christentum wurde. Die iranische Revolution hat andere politische und gesellschaftliche Wurzeln, als etwa die russische oder chinesische. Allen Revolutionen gemeinsam ist die Tatsache, daß sie Explosionen der betreffenden Völker sind, die sich mit

ihren inneren und äußeren Feinden auseinandersetzen müssen bis zu ihrem endgültigen Sieg oder ihrer Niederlage. Revolutionäre Führer oder Parteien sind meistens selbst von dem Zeitpunkt des Ausbruchs der Revolution in ihrem Lande überrascht worden. Doch wenn die Zeit gekommen ist, stehen sie vor einer großen historischen Aufgabe. Die Aufgabe einer revolutionären Partei oder Führung in der Revolution ist es, die unorganisierte und spontan ausbrechende Volkswut so zu organisieren und in ein Flußbett zu leiten, daß sie dem gesellschaftlichen Fortschritt dient. Alle Revolutionen beruhen auf dem Streben verschiedener Klassen und Klassensplitter, sich des gemeinsamen Feindes zu entledigen, der ihnen das Leben unerträglich macht. Wenn der Sieg errungen ist im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, treten die Gegensätze der verschiedenen Klassen wieder hervor und fordern ihr Recht. »... es ist dies stete rasche Aufschließen neuer Parteien, die einander in der Macht ablösen, was eine Nation während dieser heftigen Erschütterungen in 5 Jahren weiter bringt als sie unter gewöhnlichen Umständen in einem Jahrhundert käme...« (Engels in »Revolution und Konterrevolution in Deutschland«).

Die Revolution im Iran ist noch keine proletarische Revolution. Sie hat zunächst im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Handlanger im Innern die Kräfte aller Klassen, die unter imperialistischer Herrschaft nicht mehr leben wollten und konnten, mobilisiert. Die Arbeiterklasse im Iran ist ein Teil dieser iranischen Revolution, der nun die politischen und organisatorischen Voraussetzungen für seine Entfaltung und Formierung zur Klasse und Partei erhält. Deswegen drückt sie der iranischen Revolution noch nicht ihr Zeichen auf. Aber sie birgt in sich die Zukunft der iranischen Gesellschaft: Vor die Wahl gestellt, ob die iranische Gesellschaft zu einer vorimperialistischen Ordnung zurückkehren will, um dann erneut zum Opfer ausländischer imperialistischer Ausbeutung zu werden, oder ob sie eine neue sozialistische Ordnung schaffen will, die das Land allein endgültig und radikal von den imperialistischen Fesseln befreien kann, wird nur die Arbeiterklasse die politische Trägerin der neuen Ordnung sein können.

So wie dem Sieg der russischen Oktoberrevolution die Revolution von 1905 und die Februarrevolution von 1917 vorausging, so wie dem Sieg der chinesischen Kommunisten eine über 100 Jahre dauernde Periode von Revolutionen und Bauernaufständen vorherging, die erst die Vorbedingungen für den endgültigen Sieg schufen, geht dem Sieg des Proletariats im Iran eine Periode von antiimperialistischen Erhebungen voraus.

Die Zukunft Deutschlands ist mehr als die aller anderen Länder Westeuropas abhängig von dem Gang der weltpolitischen Ereignisse, weil ein Teil unseres Landes, die BRD, dem westlichen kapitalistischen Lager angehört und ein anderer Teil, die DDR, dem östlichen sozialistischen Lager. Diese Spaltung ist ein Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Tatsache zu verdanken, daß die gegen den deutschen Imperialismus kämpfenden Staaten verschiedenen gesellschaftlichen Systemen angehörten und daher verschiedene gesellschaftliche Interessen vertraten. Die Vorstellungen verschiedener Parteien, daß es möglich sei, unter diesen Bedingungen in dem einen Teil auf der von der Roten Armee geschaffenen nichtkapitalistischen Grundlage eine sozialistische Ordnung aufzubauen, die von den werktätigen Massen getragen und geschützt wird, und in dem anderen, vor allem von den USA beherrschten Teil, die Grundlagen für eine sozialistische Ordnung zu schaffen, haben sich bis heute als illusorisch erwiesen. Die in Potsdam beschlossene Teilung Deutschlands war zwar eine Beschränkung für das kapitalistische Deutschland auf das Gebiet der BRD, aber die Teilung und Beschränkung und die Folgen der militärischen Besetzung waren auch eine Beschränkung für die deutsche Arbeiterklasse, ihren Befreiungskampf gegen die kapitalistische Ordnung zu führen.

Die Gefahr wächst, daß aus dieser Tatsache die Möglichkeit entstehen kann, daß Deutschland zu dem Kriegsschauplatz wird, auf dem die beiden Lager den atomaren Krieg austragen. Der russische Generalmajor Kusmin erklärte am 19. 12. 1979: »... Wenn man berücksichtigt, daß das Territorium der BR Deutschland nicht besonders groß ist - 700 Kilometer vom Norden nach dem Süden und 350 Kilometer vom Westen nach dem Osten, so kann man sich leicht vorstellen, in was es sich verwandelt, wenn es überall mit Raketen und Kernwaffen-Kampfmitteln bestückt wird. Auf dem westdeutschen Boden, in den Wäldern an den Rhein-Ufern und im Eifel-Gebirge lagern 7.274 nukleare Sprengköpfe von mehr als 8000, die die Amerikaner in Europa angehäuft haben. Ihre gesamte Zerstörungskraft beträgt 1690 Megatonnen... Der von Washington inspirierte Beschluß der Nato vergrößert die Gefahr der Konfrontation in Europa... bleibt das Territorium der Bundesrepublik das Hauptarsenal der Raketen-Kernwaffen-Mittel des ersten Schlages gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten...« Kusmin meint, die Sowjetunion hätte an die Vernunft der »maßgeblichen Staatsmänner der führenden kapitalistischen Länder« appelliert, realistisch zu handeln. Appelle an die Vernunft bieten da keinen Ausweg aus dem gesellschaftlichen Gegensatz und dem Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Die westliche öffentliche Meinung versucht jetzt Stimmung zu machen gegen die iranische Revolution mit der Entrüstung über die Geiselnahme in der Teheraner Botschaft der USA. Damit kann in der Öffentlichkeit der westlichen Länder, vor allem in den USA, die erwünschte Wirkung erzielt werden, nicht aber im Iran. Die USA reden vom Völkerrecht und Menschlichkeit und können nicht begreifen, daß solche Maßstäbe für die iranischen Massen fremd sein müssen nach Jahrhunderten Erfahrung mit imperialistischer Herrschaft. Die ausländischen Herren und ihre Handlanger im Lande haben doch den Massen vordemonstriert, wie wenig ihnen das Leben eines iranischen Studenten, Arbeiters oder Bauern wert ist, wie können sie erwarten, daß Aufnahmebereitschaft für etwas vorhanden sein soll, was sie selbst zerstört haben?

Der Generalsekretär der UNO, Waldheim, war vor kurzem selbst in Teheran. Er sollte versuchen, Lösungen für das Geiselnahme zu finden. Die »International Herald Tribune« berichtet über seinen Empfang: »Als der Helikopter den Boden berührte und er eine Limousine für einen kurzen Abstecher zu einer Kranzniederlegung bestieg, sprangen über 500 Personen, die in der Nähe Gräber besuchten, herbei und umschwärmten in einer unvorbereiteten Demonstration das Auto und riefen Parolen gegen Waldheim und die USA. Der plötzliche Auflauf überraschte die Polizei... Waldheim war sichtlich erschrocken und man sah, wie er seinen Chauffeur aufforderte: Go, Go, und das Auto fuhr weg. Er begab sich zurück zum Helikopter und zur Stadt... Später besuchte er hunderte von verkrüppelten, blinden und auf andere Weise zugerichteten Iranern, die als Opfer der offiziellen Brutali-

Inhaltsverzeichnis

Revolution in der islamischen Welt — oder religiöser Irrsinn?

| | |
|--|----|
| Iranische Revolution und deutsche Arbeiterklasse | 1 |
| Interview mit einem iranischen Genossen | 3 |
| Dokumente: | |
| Zur Gründung der National-Demokratischen Front Irans (NDF) | 15 |
| Erklärungen der Volksfedayin | 17 |
| Besprechung des Buches: | |
| Iran — neue Diktatur oder Frühling der Freiheit | 21 |

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann - Herstellung und Vertrieb:
GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums
der Arbeiterbewegung e.V.
Postfach 1502 47 - 2800 Bremen 15

täten des Schah ausgewiesen wurden. Sie riefen: *Der Schah muß zurückkehren, der Schah muß erschossen werden.*» – Waldheim sagte, er sei schockiert und bewegt, über das, was er hier gesehen habe. *«Ich werde die Botschaft des Leidens zu den Vereinten Nationen bringen und zur Weltöffentlichkeit.»* – *«Wir werden die Verletzung der Menschenrechte durch das vorhergehende Regime untersuchen»*, fügte er hinzu. – Das Plakat einer Studentin brachte seinen eigenen Anteil in Erinnerung.

Die iranische Revolution hat tiefgreifende weltpolitische Auswirkungen, die auch die BRD mehr als bisher zu spüren bekommen wird. Graf Lambsdorff meinte: *«Es ist völlig klar, wir werden in den nächsten 10 Jahren nur am Rande des Abgrundes über die Runden kommen.»* Die USA versuchen mit den geistlichen Führern ins Gespräch zu kommen, sie auf die Seite des Antikommunismus in der weltpolitischen Auseinandersetzung zu ziehen. Selbst wenn sie es wollten, können die religiösen Führer nicht so leicht und einfach den Wünschen der USA nachkommen, wenn sie ihr Ansehen bei den Massen nicht verlieren wollen. Daher wird der Ruf nach einer militärischen Lösung immer lauter. Was die USA bisher am militärischen Eingreifen im Iran hindert, war nicht zuletzt die Tatsache, daß ein Nachbarland des Iran die SU ist. Die USA versuchen das Erwachen der islamischen Massen auf das Einflußgebiet der SU auszuweiten. Der militärische Aufmarsch und die entsprechenden Vorbereitungen für das militärische Eingreifen sind in vollem Gange. Ägypten und Israel haben neben anderen Staaten im Nahen Osten den USA ihre Bereitschaft erklärt, Basen zur Verfügung zu stellen für diesen Zweck. Der frühere Ministerpräsident Rabin, ein Sozialdemokrat, dessen Partei in «Opposition» zur Regierung Begin steht, hat in aller Öffentlichkeit die Amerikaner aufge-

fordert, die 6. Flotte und die Eingreiftruppe im Golf zu verstärken.

Keineswegs überrascht waren die USA von dem, was sie die russische Intervention in Afghanistan nennen. In der deutschen und internationalen Presse wurde schon Monate vor dem Sturz Amins in Kabul von einem unausweichlich werdenden militärischen Eingreifen der SU gesprochen, weil die verfeindeten Fraktionen, die nach der Revolution die Regierung bildeten, der Schwierigkeiten nicht mehr Herr werden konnten und die Kader der revolutionären Partei von den unter reaktionärem Einfluß stehenden Stämmen mehr und mehr liquidiert wurden. Auch wenn die Erklärung der Russen, daß Amin ein CIA-Agent gewesen sei, absolut unglaubwürdig ist, so ist offenbar, daß die Schwierigkeiten in Afghanistan, ein willkommenes Anlaß für die Amerikaner gewesen sind und sein werden, um ihre Vorbereitungen im Persischen Golf zu vertuschen. Der Aufmarsch im Persischen Golf kann jedoch für die Russen nicht gleichgültig sein. Die Chinesen, die jetzt gegen die russischen Maßnahmen protestieren, vergessen, daß sie seinerzeit in Tibet ähnlich vorgehen wie jetzt die Russen in Afghanistan, um die Einmischung ausländischer Mächte zu verhindern. Die Russen handeln in Afghanistan aus militärstrategischen Gründen, es gibt dort keine wirtschaftlichen Interessen, die für sie von Bedeutung wären. Wenn die USA ihre Probleme, ihre Kontrolle über das Öl mit militärischen Mitteln lösen, dann muß das zu einem Massaker unter den Massen führen. Das wiederum kann den ganzen Nahen Osten in Aufruhr bringen und der Beginn militärischer Auseinandersetzungen weltpolitischen Ausmaßes werden. Die Raketenrüstung in den Nato-Staaten, an der die BRD entscheidend beteiligt ist, ist ein Teil des militärischen Aufmarsches.

Interview mit einem iranischen Genossen

Das nachfolgende Interview mit einem iranischen Genossen, der schon länger in Westdeutschland lebt, wurde im Spätsommer 1979 gemacht. Trotz der nicht erfaßten späteren Entwicklung halten wir das Interview wie auch die anschließend folgenden Dokumente für wert, daß sie auch jetzt noch unseren Lesern bekannt werden. Die Redaktion

Frage:

Genosse, in der «Arbeiterpolitik» vom 25. 2. 1979, in der wir zu den Ereignissen im Iran Stellung genommen haben, haben wir uns hauptsächlich mit der Bewegung vor dem Sturz des Schah-Regimes beschäftigt. Diese Bewegung war von außen her nur schwer in ihren inneren Unterschieden und Differenzen zu analysieren und uns war eigentlich unklar, was sich in dieser Bewegung an unterschiedlichen Interessen zusammengefunden hat. Unsere Berichterstattung hat aufgehört mit dem Sturz des Schah-Regimes, mit dem Sturz der Regierung Bakhtiar, und ich möchte dich bitten, uns deine Einschätzung dieser revolutionären Periode im Iran darzustellen.

Antwort:

«Ich muß zum Verständnis der Entwicklung in der iranischen Geschichte etwas zurückgreifen. Seit Mitte des 19. Jahrhun-

derts besitzt die iranische Volksbewegung zwei Hauptmerkmale: Die Volksbewegung ist gegen ausländische Interessen gerichtet, d. h. gegen imperialistischen Einfluß und gleichzeitig auch gegen den einheimischen Kapitalismus und das Ausbeutungssystem, weil dieses Ausbeutungssystem im Innern mit dem Kapitalismus von außen verschmolzen ist. Und beides, d. h. der Kampf gegen Imperialismus und Klassenkampf — was in Persien nur schwer voneinander zu trennen ist — äußert sich in Form des Kampfes gegen den Despotismus, — die Gewaltanwendung eine Erscheinungsform beider Aspekte ist, nämlich der in- und ausländischen Ausbeutung.

Seit Mitte des 19. Jh. versucht sich das iranische Volk zu befreien. Wir haben große Volksbewegungen. Einige davon möchte ich nennen, z. B. die Bewegung zur Herstellung eines konstitutionellen Systems in den Jahren 1905—11 im Iran. In

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts versucht sich das iranische Volk zu befreien

dieser Bewegung konnte man 2 Hauptlager voneinander unterscheiden: Einmal Werktätige (Bauern, Arbeiter, städtische Werktätige, revolutionäre Intellektuelle, sozialdemokratische Kreise), die verlangten eine völlige Befreiung des Landes von der Herrschaft in- und ausländischer Ausbeuter. Das andere Hauptlager umfaßte das Großkapital, d. h. hauptsächlich Handelskapital, Großgrundbesitzer, Aristokraten und vermögende Klassen und Schichten der Stadtbewohner. Im Laufe der Zeit, als es zu Auseinandersetzungen kam und besonders in Aserbeidschan Sattar Khan* eine Volksbewegung organisierte, die bewaffnet gegen die Zentralmacht kämpfte, wurde die Bewegung immer mehr radikalisiert und wandte sich nicht mehr nur gegen herrschende Despoten, das war die Kadjar-Dynastie, sondern entwickelte sich zu einem antiimperialistischen Kampf. Wenn der Kampf sich voll entwickelt hätte, hätten der englische und russische Imperialismus im Iran mit schweren Problemen zu tun gehabt. Ich meine, der Imperialismus hat rechtzeitig aus

* Sattar Khan war der militärische Führer des Täbriser Aufstands 1908/09

Die Abonnenten der Informationsbriefe «Arbeiterpolitik» haben 1979 sieben Ausgaben für 12,- DM erhalten. Mit dieser Summe konnten wir unsere laufenden Kosten nicht decken. Wir bitten die Leser um Verständnis, wenn wir für 1980 das Abonnement auf 15,- DM erhöhen. Bitte überweist künftig auf das Konto der

GFSA e.V. · Postscheck Hamburg
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 4100 77-205

mit anliegender Zahlkarte. Allen Lesern, die die Gruppe «Arbeiterpolitik» politisch und materiell mit Beiträgen, Spenden und Zuschriften unterstützt haben, sprechen wir hier unseren Dank aus. Die Redaktion



genauer Kenntnis der iranischen Bewegung und Einschätzung der Kräfteverhältnisse einen taktischen Rückzug gemacht. Einen geplanten Rückzug, d. h. als man merkte, daß die iranische Volksbewegung nicht zum Stehen zu bringen ist, versuchte das ausländische Kapital, sich mit einem von beiden Lagern, d. h. den vermögenden Klassen und Schichten, zu verständigen, einen Kompromiß zu schließen, allerdings nur im politischen Bereich. Das konstitutionelle System wurde proklamiert, man hatte formell ein Parlament, Regierung, Gesetze, aber in Wirklichkeit blieb die Herrschaft des Imperialismus intakt und nicht angetastet, sondern wurde verschärft und vertieft. Teheran wurde von Stämmen erobert, der erste und zweite Ministerpräsident waren Stammesführer, und die erste Maßnahme nach der Eroberung Teherans war die Entmachtung der revolutionären Kräfte. Sattar Khan wurde gezwungen von Täbris nach Teheran zu fahren. Sattar Khan war ein Volksführer, Revolutionsführer in Täbris und hat monatelang gegen die Zentralregierung gekämpft. Er kam aus sehr einfachen Verhältnissen und war wirklich unbestechlich, genoß damals eine große Popularität und war weltbekannt, sogar Lenin hat in einigen Artikeln seinen Namen erwähnt. Auch im Ausland war er bekannt, denn ganz Persien wurde von der Zentralregierung beherrscht, nur Täbris leistete Widerstand, und als Sattar Khan nach Teheran kam, bekam er einen Empfang, der für die damalige Zeit beispiellos war, und noch heute genießt er eine große Popularität. Er wurde in Teheran entworfen und später auch die anderen progressiven Kräfte.

Dann wurde die Herrschaft des ausländischen Kapitals in neuer Form stabilisiert. Die Revolution wurde in einer bestimmten Etappe unterbrochen, um eine Weiterentwicklung zu verhindern. Das ist das Beispiel von der konstitutionellen Bewegung von 1905—1911.

1950—51 haben wir es im Iran wieder mit einer großen Volksbewegung zu tun: Verstaatlichung des iranischen Erdöls. Der Volksprotest begann mit Parolen gegen die englische Herrschaft im Süden des Iran, einer antimperialistischen

Die Verstaatlichung des Erdöls zur Zeit des Dr. Mossadegh

Forderung. Aber weil der Kompradorenstaat, d. h. weil das Königshaus mit dem englischen Imperialismus zusammenarbeitete, entwickelte sich die Bewegung im Laufe der Zeit von einer antimperialistischen zu einer antidespotischen Bewegung, d. h. der Klassenkampf entwickelte sich weiter und 1952, Anfang 1953 konnte man feststellen, daß aus einer politischen Revolution eine soziale geworden war, d. h. Klassenprobleme waren aufgetaucht.

Meiner Meinung nach haben wir es bei den Ereignissen vom Februar 1979 mit einem ähnlichen Phänomen zu tun. Natürlich hat das iranische Volk seit dem Putsch von 1953 ständig gekämpft, in Gefängnissen und auch in Untergrundorganisationen, bewaffnet und auch nicht bewaffnet, das ist klar und das iranische Volk wird auch weiter kämpfen. Ich meine nun die politischen Ereignisse, die vor 2 Jahren begannen. In der ersten Periode waren allgemeine Forderungen da. Man verlangte die politische Entmachtung des Schahs, Auflösung der königlichen Einheitspartei, Auflösung der Savak und Durchführung bestimmter Reformen. Man verlangte auch die Beseitigung einiger Mißstände im Wirtschaftsbereich, das waren allgemeine, sehr liberale Forderungen. Das Problem war der Führung nicht klar. Noch verlangte man nicht die Abschaffung der Monarchie, jedenfalls nicht am Anfang. Die geistlichen, religiösen und politischen Führer verlangten in dieser Periode ausnahmslos die Durchführung der iranischen Verfassung, d. h. die Einschränkung der Macht des Schahs, oder höchstens sollte der Schah zurücktreten, oder er sollte einige Reformen hinnehmen in Bezug auf die Pawlewistiftung (das große Vermögen seiner Familie) und in bezug auf seine Einmischung in Parlament und Staatsapparat — aber kein Wort von Beseitigung der Monarchie.

In dieser Periode haben der Schah und der Imperialismus ihre eigene Macht überschätzt, und sie haben die Tiefe der iranischen Bewegung nicht richtig erkannt. Der Schah war zu keinem wirklichen Kompromiß bereit. Während er an seiner harten Haltung festhielt, erklärte er sich bereit, in Persien das politische System zu liberalisieren unter der Voraussetzung, daß die Opposition von vornherein das monarchistische System und die »Weiße Revolution« akzeptierte.

Natürlich haben diese beiden Bedingungen die gesamte Liberalisierungspolitik bedeutungslos gemacht. Auf der anderen Seite wurde jeder kleine friedliche Protest von Polizei und Armee mit Gewalt unterdrückt. Das hat nicht dazu geführt, den Widerstand des iranischen Volkes zu schwächen, sondern der Widerstand gewann im Gegenteil an Stärke, weil er tiefe historische Wurzeln hat.

Einige Monate später kam die Revolution zu einer weiteren Entwicklung: man verlangte jetzt nicht nur die Durchsetzung der Verfassung, sondern man forderte den Rücktritt des Schah. Denn die Macht des Schah und seiner Familie und ihr Einfluß auf Staat und Wirtschaft waren so entwickelt, daß es unmöglich war, irgendeine Reform durchzuführen, ohne mit ihnen in Konflikt zu kommen, und auch jetzt verlangte man noch nicht die Abschaffung der Monarchie, sondern »nur« den Rücktritt des Schah. Hier kam es zu einer Spaltung in der Führung: Die Führer der Nationalen Front blieben bei ihrer alten Forderung: Verwirklichung der iranischen Verfassung. Sie ist eine konstitutionelle Verfassung. Der Schah darf keine



Regierungsmacht besitzen, aber immerhin wird die konstitutionelle Monarchie anerkannt. Ein Teil der religiösen Führung, insbesondere Schariat-Madari, teilte diese Auffassung auch. Nur Khomeini, der damals im Ausland lebte, ging einen Schritt weiter und stellte immer radikalere Forderungen und hat in Interviews, auch mit «Le Monde», immer wieder erklärt, wenn er nach seinen Vorstellungen über ein zukünftiges Regime in Iran befragt wurde: »Auf alle Fälle wird es keine Monarchie sein«. Aber in jedem Fall blieb er bei diesen allgemeinen Äußerungen und hat kein Wort von Republik und auch nicht von islamischer Republik gesprochen.

Der Kampf im Iran ging weiter, und aufgrund der Auseinandersetzungen entwickelte sich die Bewegung eine Etappe weiter. Das besondere Charakteristikum der dritten Phase ist, daß viele unterprivilegierte Schichten, besonders aus den Städten, in den Kampf eingriffen, d. h. man ging von friedlichen Demonstrationen zum bewaffneten Kampf über, und die breiten Massen in Teheran verlangten Abschaffung der Monarchie. Diese Forderung kam zuerst von den Massen, und erst nach einiger Zeit hat sich Khomeini diese Forderung zu eigen gemacht. Diese Forderung kam also nicht von oben. All diese Zeit war die Masse stets einen Schritt weiter als die Führung. Khomeini hat die Situation erkannt und sich die Forderung der Masse zu eigen gemacht. Die Führer der

Khomeini ist der konsequenteste: Die Monarchie muß weg!

Nationalen Front waren dazu **nicht** in der Lage und sind deshalb bis jetzt zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden. Die Zusammenarbeit mit Khomeini erschwerten sie durch widersprüchliche Äußerungen. Sie sagten einerseits: wir tun alles, was Khomeini verlangt und andererseits: die konstitutionelle Monarchie kann bestehen bleiben, die iranische Verfassung ist heilig und muß bleiben.

Als sich die Bewegung weiter radikalisierte, d. h. als es in Teheran zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam, mußte der ausländische Imperialismus nach einigem Zögern anerkennen, daß diese Bewegung nicht mehr zu stoppen war. Man mußte feststellen, daß der Schah die Erdölproduktion nicht mehr garantieren konnte, kurz, daß er nicht mehr Herr der Lage war. Natürlich hätte man in den Iran israelische oder amerikanische Einheiten schicken können, und man hat auch solche Einheiten geschickt. Aber wenn man sie in diesem Stadium der Bewegung eingesetzt hätte, hätte man ein neues Vietnam im Iran gehabt. Die Bewegung war nicht mehr auszurotten. In dieser Periode der Bewegung sprach man bereits offen von der Republik und zum ersten Mal über eine islamische Republik. »Republik« war verständlich, aber was war eine »islamische Republik«? Wahrscheinlich war nur einigen Leuten klar, was unter Islam in Zusammenhang mit »islamischer Republik« zu verstehen war. Aber weil man eine Einheitsfront gegen den Imperialismus befestigen wollte, hat man von jeder Kritik Abstand genommen und hat Khomeinis politische Führung, aber nicht seine religiösen Forderungen akzeptiert.

Frage:

Du sagtest, daß die Massen immer einen Schritt vor den Führern waren. Welche Forderungen hatten die Massen in bezug auf die Republik? Hatten sie eine Vorstellung von dem Charakter dieser Republik?

Antwort:

Die Masse ist in den letzten 10 Jahren sehr stark von der Religion beeinflusst, deshalb sprachen sie auch von islamischer Republik, als man von Republik sprach. Es war also eine Massenforderung, aber man konnte feststellen, daß sie keine

Soziale Kämpfe unter dem Mantel der Religion

genaue Vorstellung davon hatten, was eine islamische Republik sein sollte. Man hatte so allgemeine Gedanken, knüpfte an die Anfänge des Islam an, man sprach von Alis Gerechtigkeit*, sehr oft von Schariat's Lehre**, man sprach von der klassenlosen Gesellschaft, Abschaffung von Privilegien jeder Art, kurz man hatte ein Paradies vor Augen gehabt — eine klassenlose Gesellschaft, die nur durch Schiitismus zu erreichen sei.

Das waren die abstrakten Vorstellungen. Zur weiteren Entwicklung des Kampfes kann man wieder bemerken, daß aus der antidespotischen Bewegung, d. h. aus der Anti-Schah-Bewegung, eine antiimperialistische Bewegung wurde, genauer eine anti-amerikanische, weil die Amerikaner und ihre Verbündeten den Schah unterstützten, die man mit Waffen nicht mehr unterdrücken konnte. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Persien mehr als 1000 km Grenze zur SU hat, und daß hier eine bewaffnete Auseinandersetzung nicht so einfach ist, denn im Nahen Osten liegen etwa 70% der Erdölreserven der Welt. Ein Vietnamkrieg in diesem Gebiet würde die Nerven des kapitalistischen Systems treffen. Man kann hier nicht einfach Atombomben werfen. Und es bestand auch die Gefahr, daß sich die Krise auf andere Länder wie die Scheichtümer ausdehnen würde.

Mir scheint, in dieser Periode hat sich die Geschichte wiederholt, vergleichbar mit dem, was in der konstitutionellen Periode passiert war. D. h. der kapitalistische Imperialismus erklärte sich bereit, nur im politischen Bereich einen taktischen Rückzug anzutreten, d. h. mit einem bestimmten Teil der Führung einen Kompromiß zu schließen, um zu verhindern, daß die Bewegung sich weiter entwickelt, d. h. mehr radikalisiert wird, d. h. die Masse sich selbst organisiert und eine Führungsmacht zustande bringt.

Vergessen wir nicht, daß in den Jahren seit 1953-79 viele politische Köpfe, viele begabte Intellektuelle, Arbeiter und Bauern in den Gefängnissen des Schah getötet wurden, d. h. die Volksbewegung brauchte Zeit, um ihre Kader wieder zu reproduzieren, hier war ein Vakuum entstanden. Aber hier war etwas im Begriff zu entstehen, wie man sehen konnte. In den letzten 2 Jahren konnte man viele Leute treffen, die aus den untersten Schichten der Gesellschaft kamen und ihre Führungsfähigkeit zeigten.

Um diese Entwicklung wieder zu unterbrechen, versuchte der Imperialismus einen Kompromiß zu schließen. Diesen Kompromiß konnten sie nicht mit den Führern der Nationalen Front schließen, denn die waren machtlos. Sie hatten weder eine Weltanschauung noch einen konkreten Plan, sie waren sehr schwach und besaßen keine starke Persönlichkeit. Aber Khomeini war erstens eine starke Persönlichkeit, besaß zweitens eine Massenbasis und zum dritten eine Weltanschauung, die man notfalls **gegen den Kommunismus** benutzen konnte **als Integrationsfaktor**. Zum anderen konnte ein Kompromiß mit Khomeini sinnvoll sein, weil er auch in der Lage war, dessen Inhalt durchzuführen. In diesem Zusammenhang sollte man daran denken, daß der amerikanische General Huyser, stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber in Europa, nach Persien gefahren ist. Die USA hatten die iranische Armee unter ihrer Kontrolle. Abgesehen von 40—50 000 Amerikanern, die in Persien leben, wurden mehr als 15 000 iranische Offiziere in den USA ausgebildet und bilden die Führung aller

*) Schwiegersohn Mohammeds und erster Imam (religiöses und politisches Oberhaupt) der schiitischen Richtung des Islam.

***) Dr. Ali Schariat's (1933—77): Religiöser Reformator mit linker Islam-Interpretation.

Waffengattungen. Besonders die Luftwaffe ist unter amerikanischer Kontrolle. Man kann also sagen, General Huyser war der wirkliche König in Persien. Es gibt darüber auch Äußerungen von ein paar Offizieren, daß er die Situation mit Offizieren erörterte.

In diesem Zusammenhang sollte ich auch erwähnen, daß in Guadeloupe die Vertreter der größten kapitalistischen Länder im Januar zusammengetroffen waren und dort beschlossen, zwischen der Armee und der religiösen Führung zu vermitteln. Das ist auch geschehen. Und als alle Vereinbarungen getroffen waren, erklärten die imperialistischen Kräfte sich bereit, den Rückzug nur im politischen Bereich anzutreten.

Der Schah von Persien mußte auf Befehl von General Huyser Persien verlassen. Die Armee erklärte nach dieser Kompromißvereinbarung, daß sie sich nicht weiter in der Lage sieht, die Regierung Bakhtiar zu unterstützen, zog sich in die

USA ziehen »ihren« Schah ab

Kasernen zurück, öffnete in manchen Kasernen die Türen und war bereit, einfach die Waffen niederzulegen. Natürlich kam es in einigen Bereichen und Orten zu Auseinandersetzungen. Aber die Hauptteile der Armee, z. B. schwere Artillerie und Panzer, blieben in den Kasernen. Das zeigt, daß sich die Armee zurückgezogen hatte und nicht einfach von heute auf morgen besiegt wurde. Sie hat sich erst für neutral erklärt und nach einer kurzen Pause von höchstens einem halben Tag ihre Solidarität für die islamische Bewegung und der islamischen Regierung erklärt. Hier hat General Chararaghi, er war der Verbindungsmann zwischen General Huyser und dem Armeestab, eine große Rolle gespielt. Viele andere Generäle sind inzwischen hingerichtet worden, aber dieser Chararaghi lebt noch in Teheran in Sicherheit. Als man Ayatollah Khomeini fragte, was seine Meinung über Chararaghi sei, warum der General noch frei ist, er wäre doch ein General gewesen und an vielen Sachen beteiligt, antwortete Khomeini: »Über diese Person kann ich mich nicht äußern!« Ayatollah Khomeini ist der Chef des Revolutionstribunals.

Die Bewegung ist hiermit unterbrochen worden. Das war eine taktische Unterbrechung, und alle Widersprüche und Schwierigkeiten sind also noch vorhanden. Nach dieser Machtübergabe fühlt der Imperialismus sich im Iran nicht mehr bedroht, denn die politische Gruppe, die heute die Macht innehat, ist nicht entschlossen, gegen das Kapital zu kämpfen. Sie hat im besten Fall kein Konzept, und wenn sie eins hat, so ist dieses so widerspruchsvoll, daß zuletzt die Herrschaft des Kapitals im Iran, d. h. z. B. auch das deutsche Kapital, da bleiben und sich festigen wird.

Frage:

Die Machtumgruppierung durch den Imperialismus ist ja durch die Massenbewegung gestört worden. Es ist ja nicht reibungslos vor sich gegangen, sondern wie auch der Bericht zeigt, den wir in der Arpo 1/79 aus der Zeitung »Le Monde« übernommen hatten, hat es ja einen bewaffneten Aufstand der verschiedenen Guerilla-Organisationen gegeben in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, die sich spontan bewaffneten. Wie siehst du den Zusammenhang?

Antwort:

In zwei Hauptpunkten konnte die Planung des US-Kapitals nicht so reibungslos durchgeführt werden. Zum Ersten: In der gesamten iranischen Geschichte gab es keine so massenhafte und bewaffnete Beteiligung unterprivilegierter Schichten und Klassen. In der Entwicklung war diese Beteiligung der Massen ein Phänomen, das die westlichen Soziologen und Politiker im Iran und im Ausland so ratlos machte. Das gab unserer Bewegung eine Tiefe und eine Breite. Diese Beteiligung der Massen war einmal nicht geplant. Das zweite, was nicht geplant war und geschehen ist und was bis heute die Durchführung der imperialistischen Pläne erschwert, ist die Bewaffnung der Mudjahedin-Organisation und der Volks-Fedajin. Beide Organisationen, die es schon vorher gab und die auch schon vorher gekämpft haben, haben es in kurzer Zeit geschafft, viele Waffen an sich zu bringen und viele Mitglieder zu sammeln. Heute sind Mudjahedin und Volks-Fedajin große bewaffnete Organisationen und ein großes Hindernis bei der reibungslosen Durchführung der imperialistischen Pläne im Iran.

Frage:

Was da noch hinzukommt, ist ja der Zerfall der alten Machtstruktur. Die Armee hat sich ja nicht nur für neutral erklärt, sondern es sind ja auch die Soldaten weggelaufen.

Antwort:

Dieser Prozeß ist natürlich ein wichtiges Problem, war aber noch im Anfangsstadium. Der Imperialismus hat rechtzeitig eingegriffen. Wenn der Prozeß so weitergegangen wäre, dann wäre die amerikanische Macht im Iran, die auf der iranischen Armee basierte, von innen her zerstört worden. Aber nur, wenn die Bewegung sich noch einige Monate hätte weiter entwickeln können. Wir kennen Beispiele, wo Soldaten auf ihre Offiziere geschossen haben. Aber das war nicht zum entscheidenden Element geworden. Dieses Phänomen war in der Entwicklung, und wahrscheinlich ist es auch einer der Gründe, welche die USA veranlaßt haben, sich rechtzeitig zu einem Kompromiß oder Rückzug bereit zu erklären.

Frage:

Was ist nun das Ergebnis dieses Prozesses? Welche Machtstrukturen haben sich herausgebildet? Wie weit existiert noch der alte Staatsapparat, die alte Armee, welche Bedeutung haben sie? Welche Bedeutung hat die provisorische Regierung? Welche Bedeutung hat Khomeini und der von ihm geleitete Revolutionsrat?

Antwort:

Der alte Staatsapparat existiert weiter. Ebenso die Armee, Gendarmerie und Polizei, und man kann sagen, zum Teil auch die SAVAK. Was sich geändert hat, sind einige Veränderungen in der Führung, meiner Meinung nach ganz bedeutungslose Änderungen. Aber der alte Staatsapparat existiert mit seinen alten kapitalistischen Vorstellungen weiter, ebenso der Kern

Der alte Staatsapparat existiert weiter

der Armee. Von dieser Seite erwarten wir die Gefahr. Bei den Ereignissen in Khoramschahr und auch in Naghdeh, sowie in Kurdistan, ist die heutige Armee, die sich jetzt nicht mehr königliche Armee nennt, sondern sich als islamische Armee bezeichnet, sehr hart mit der Bevölkerung umgegangen. Sie hat auch viele Leute getötet, und sie ist eine Quelle der Gefahr für das iranische Volk geblieben.

Frage:

Diese Armee ist eingesetzt worden gegen die Autonomie-Bewegung.

Antwort:

Die Armee versucht jetzt, sich zu organisieren, gab sich zu Anfang etwas liberal, d. h., die Armee-Angehörigen durften am politischen Leben des Landes teilnehmen, konnten Mitglied einer Partei werden, aber die Rechte, die vor einigen Monaten anerkannt wurden, sind wieder rückgängig gemacht worden. Es wurde gesagt, als Armee-Angehöriger darf man kein Parteimitglied sein, sie dürfen nur an der Parlamentswahl oder Wahl des Präsidenten teilnehmen. Hier liegt auch noch eine andere Gefahr, weil jede regierende Macht dadurch automatisch hunderttausende von einheitlichen Stimmen zur Verfügung hat und dadurch Wahlen gewinnen kann. Das ist eine Gefahr für unsere demokratische Bewegung.

Es gibt aber in der Armee Kreise, die versuchen, die Armee vom amerikanischen Kapitalismus zu befreien, aber die sind nicht entscheidend. Die heutige Armee-Führung hat ihre alten Vorstellungen, hat keine Sympathie für die Revolution, sie versucht besonders, die linke Bewegung im Iran zu unterdrücken. Der alte Staatsapparat ist genau der gleiche geblieben. In der politischen Führung im Iran, ich meine Führung und nicht die Bewegung, von der Opposition will ich vorläufig nicht reden, haben wir 3 Machtzentren: Erstens

Khomeini mit dem Handelskapital gegen das Kompradorenkapital

Personen um Khomeini, die einerseits behaupten, wie Khomeini selbst auch in einigen seiner Reden, daß sie für Abschaffung von Klassenprivilegien seien, überhaupt für Abschaffung der Klassen, sie wollten versuchen, die islamische Gerechtigkeit im wahrsten Sinne des Wortes herzustellen und den Iran total zu islamisieren. Gleichzeitig sagen Leute um Khomeini, daß sie das Privatkapital und das



Privateigentum akzeptieren. Nach der islamischen Lehre sind Handelskapital und Handelsgewinn erlaubt. Diese Tatsache führt dazu, daß die Führung um Khomeini sich einerseits als Befürworter der unterprivilegierten Klassen und Schichten in den Städten erklärt — und diese Schichten sind die Massenbasis von Khomeini —, andererseits hat er starke und freundliche Verbindungen zum Handelskapital.

Frage:

Welche Schichten gehören zum Handelskapital? Handelt es sich um den Basar? An und für sich ist es doch so, daß in der iranischen Geschichte aus dem Handelskapital die Kompradorenbourgeoisie hervorgegangen ist.

Antwort:

Ein Teil des Handelskapitals entwickelte sich zu Kompradoren. Diese Kompradoren waren hauptsächlich im Bereich der Bergbauindustrie tätig. Wir haben im Iran etwa 250 000 kleine und große Fabriken und Industrie-Betriebe, davon beschäftigen nur 40 Betriebe mehr als 1000 Leute. Der modernste Teil der iranischen Industrie und diese 40 Großbetriebe waren im Besitz des ausländischen Kapitals oder der Kompradoren, die auch im Bergbau tätig gewesen sind. Diese entwickelten sich aus dem Handelskapital oder auch aus anderen Gruppierungen. Jetzt gibt es im Iran einen anderen Teil des Handelskapitals, das sich nur mit Warenimport und -export beschäftigt hatte. Natürlich stehen sie auch in Verbindung mit dem ausländischen Kapital, aber nicht so offensichtlich wie die Kapitalisten aus dem Industriebereich und dem Bergbau. Jetzt verlangt das einheimische Handelskapital, das sogenannte nationale und einheimische Kapital, wie man das jetzt nennt, es verlangt, daß Bergbau, Industrie und Banken verstaatlicht werden sollen, um so eine Möglichkeit zu schaffen für das Handelskapital, daß es seine Anlagemöglichkeiten vergrößern kann. Khomeini steht mit dem einheimischen Handelskapital in enger Verbindung und ist sich auch mit dem Handelskapital einig im Kampf gegen das Kompradorenkapital. Er selbst denkt aber nicht daran, den Kapitalismus als System zu beseitigen, sondern er möchte Reformen durchführen, soweit, daß man sehen kann, in Zukunft wird das heutige einheimische Handelskapital eine Obermacht gewinnen. Der Prozeß wird so verlaufen, daß es sich nach einiger Zeit zum Kompradorenkapital entwickeln wird. Aber zum jetzigen Zeitpunkt hat das einheimische Kapital nationale Forderungen und spricht gegen Kompradoren und verlangt freien Raum für seine Aktivität.

Frage:

Der Basar ist mit Khomeini und seiner Bewegung eng verbunden. Ich möchte eine Forderung vorlesen, die von einem führenden Vertreter des Basar in einem Interview mit Achmed Facoughi gemacht wurde. Der Mann ist der Generalsekretär der Gewerbetreibenden. Er hat gesagt: »Nach dem Sturz des Schah-Regimes muß die neue islamische Regierung gewisse nationalisierte Wirtschaftssektoren privatisieren, z. B. die Petrochemie. Der Staat braucht sich nicht mehr in die Wirtschaft einzumischen. Produktion, das Transportwesen und der Handel müssen allein in der Hand der privaten Unternehmer liegen. Im neuen Iran müssen die Marktgesetze, müssen Angebot und Nachfrage ohne jede Überlegung seitens der Regierung die Grundlage darstellen.« Er forderte von der provisorischen Regierung, alle nicht absolut notwendigen Einfuhren zu unterbinden und die riesigen Erdölerlöse in den Kreislauf der einheimischen, privaten Produktion zu investieren. Wörtlich fährt er fort: »Der islamische Staat muß mehr oder weniger alles tun, um den ausländischen Kapitalismus auszumerzen und dies mit dem Ziel die Stärke des einheimischen Kapitalismus zu vergrößern.« Dieses scheint die Forderung von gewichtigen Kreisen im Basar zu sein. Wie verhält sich diese Schicht des nationalen Unternehmertums zum Handelskapital?

Antwort:

Manian ist ein Kaufmann, und was er sagt, bringt zum Ausdruck, was die Basar-Leute und das iranische Handelskapital von der Zukunft erwarten. Aber heute, und das möchte ich auch erwähnen, spricht und hört man von Nationalisierung von Banken und Industrie im Iran. Das scheint dagegen zu sprechen. Die Banken im Iran sind verstaatlicht, aber warum? Die Privatbanken im Iran, die mit dem ausländischen Kapital zusammengearbeitet haben, waren total bankrott und hatten Schulden in Milliarden-Höhe, deshalb war eine Übernahme der Banken in den Privatsektor völlig unrentabel, und solange sich das Banksystem nicht reibungslos weiterentwickelt und weiterläuft, kann auch das Handelskapital nicht aktiv sein. Deshalb sollte im Bankwesen eine Reform durchgeführt werden.

Die beste Möglichkeit war, daß man das iranische Erdöl-Einkommen als Garantie für die Arbeit dieser Banken ins Gespräch bringt und einsetzt, und das konnte nur durchgeführt werden, indem man das formell verstaatlichte. Das Management ist genauso geblieben, die Arbeit machen sie genau so wie vorher. Aber man konnte auch in der ausländischen Presse lesen, daß nach der Verstaatlichung der iranischen Banken diese jetzt im Ausland kreditfähiger geworden sind als vorher, d. h. jetzt wird aus der Staatskasse eine Vorleistung getätigt. Man macht also die Banken wieder gesund mit öffentlichen Mitteln. Wenn das geschehen ist, fordert Manian sicher wieder die Privatisierung. Genauso läuft jetzt auch die Geschichte bei der Verstaatlichung der iranischen Industrie. Die intakten, gesunden Betriebe, egal welcher Größe, werden nicht verstaatlicht, sondern es werden jene Industriebetriebe verstaatlicht, die entweder große Schulden haben oder völlig bankrott sind oder kurz davor stehen.

Natürlich hat die Privatwirtschaft kein Interesse, solche großen Unternehmen zu übernehmen. Mir scheint, die Regierung soll in dieser Periode mit Staatsgeldern aus der

Warum verstaatlicht Khomeini die Banken?

Erdölproduktion das Bankwesen und die Industriebetriebe verbessern, Schulden zurückzahlen, und wenn alles wieder wie eine reife Frucht da ist, dann wird die Forderung von Herrn Manian verwirklicht. Vorläufig ist das iranische Handelskapital für Verstaatlichung von Banken und Industrie, was Basargan ausgeführt hat. Sie sagten kein Wort dagegen, sind froh darüber, und sie haben auch gesagt, daß sie durch die Verstaatlichung der Banken ihre Geschäfte jetzt weiter entwickeln können, sicherer als vorher. Deshalb gibt es hier keinen Widerspruch und deshalb dürfen die Maßnahmen Basargans in keiner Weise als Maßnahmen in Richtung zum Sozialismus verstanden werden, sondern sie dienen nur zur Festigung des Privatkapitals im Iran. Einige Bereiche des ausländischen Kapitals sind überhaupt nicht angetastet. Das

Die Kompradorenklasse und der Staatsapparat des Schah sind nur geschwächt

In den wohlhabenden Vierteln des Nordens Teherans, wo die Neureichen und die hohen Funktionäre des gestürzten Regimes leben, ist die Spannung groß und die Besorgnis extrem aufgrund der Verfehlung, der alle Angehörigen der einstigen regierenden Klasse zum Opfer gefallen sind. Der Korruptionsverdacht, den sowohl die inquisitorischen Mullahs als auch die Gruppierungen der Linken gegen sie hegen, die Verhaftungen von »hervorragenden Persönlichkeiten« durch maschinengewehrbewaffnete junge Milizionäre und das Fehlen jeglicher Strafprozeßordnung, die auf irgendein Strafgesetzbuch zurückgeht, haben ihre republikanischen Gefühle außerordentlich gedämpft. Die Hinrichtung von Amir Abbas Howaida Ende April, der Hinrichtungen von weiteren Ministern und hohen Funktionären folgten, hat im Norden der Hauptstadt eine panische Stimmung verursacht. Solange es sich um die Erschießung der Folterer des SAVAK oder hoher Armeeoffiziere handelte, reagierten die Einwohner der wohlhabenden Viertel kaum; aber als die Exekutionskommandos die vorderste Reihe der Technokraten des Schah erschossen, fühlte sich das gesamte iranische Establishment angegriffen. Die in ihren komfortablen Gebäuden zurückgezogen lebende ehemalige herrschende Klasse hat Angst. Wer von ihnen hat nicht direkt mit den Hingerichteten zusammengearbeitet?

»Khomeini beschuldigt uns, dem Schah gedient zu haben!« ruft einer der Ex-Technokraten der Planungsbehörde aus. »Das ist absurd. Wir haben nichts anderes getan als dem Staat zu dienen. Andererseits: Warum schickt man die 800 000 Funktionäre, die heute im Dienst der Regierung der Republik stehen, nicht nach Haus? Waren sie nicht auch dem kaiserlichen Regime zu Diensten?« Genau das ist andersherum einer der Vorwürfe, die die Revolutionäre gegen Basargan richten.

In der Tat weigert sich Basargan, den von den Pahlevis übernommenen aufgeblähten Regierungsapparat zu säubern und begnügt sich damit, die hohen Funktionäre des alten Regimes durch seine Gefolgsleute zu ersetzen. Sogar die Mini-Säuberung an der Spitze der bürokratischen Pyramide hat einen bitteren Nachgeschmack bei denjenigen hinterlassen, die anerkennen, daß Basargan durch seine Gruppe, seine politische Ideologie und die Art seiner früheren Amtsführung im Kabinett Dr. Mossadegh bewiesen hat, daß er ihre Regierungskonzeption teilt. Hatte er sich nicht wiederholt gegen jede Revolution in den Strukturen des Staates gewendet? Zum Beispiel gegen die Wahl der Verantwortlichen der Regierungsstellen durch die Basis? Basargan, der die Ordnung und Hierarchie respektiert, ist immer für eine autoritäre Regierung, deren Amtsführung Technokraten anvertraut werden muß, eingetreten. Diese sind nun aber von der Regierung der Republik in großer Zahl kaltgestellt worden, weil sie mit Fleiß dem Schah gedient haben: sie glauben daher Opfer einer »Ungerechtigkeit« zu sein.

ausländische Kapital im Iran fühlt sich laut Zeitungsberichten nicht bedroht, sondern man hofft auch, daß man die kleinen Verluste, die man hier und da gemacht hat, wieder beseitigen

Vertreter des ausländischen Kapitals: »Unsere Geschäfte sind nicht bedroht!«

kann und weitere Gewinne machen kann. Die Basargan-Regierung ist keine revolutionäre Regierung. Um zu unserer Fragestellung zurückzukommen, möchte ich erwähnen, daß das zweite Machtzentrum im Iran wahrscheinlich das zweitwichtigste ist, nämlich Basargans Regierung. Basargans Macht basiert zum großen Teil auf Technokraten im Staats-



Siemens-Telefonfabrik

»Der Schah ist geflohen, die Islamische Republik ausgerufen, was will Iman Khomeini mehr?« fragt besorgt ein Technokrat des Innenministeriums, der jetzt in Ungnade gefallen ist. »Glücklicherweise gibt es noch Herrn Basargan,« fügt er hinzu. Unser Gesprächspartner gehört zu den zahlreichen, von den Revolutionären wegen ihrer »aktiven Zusammenarbeit mit dem gestürzten Regime« entlassenen Regierungsangestellten, die zum neuen Regierungschef gegangen sind, um ihn zu bitten, sie in ihre alten Funktionen wieder einzusetzen. Als Zeichen guten Willens hat Basargan ihnen zu verstehen gegeben, daß er den Iman gebeten habe »einer Generalamnestie für alle, die nicht gestohlen, gefoltert und getötet haben, zuzustimmen.«

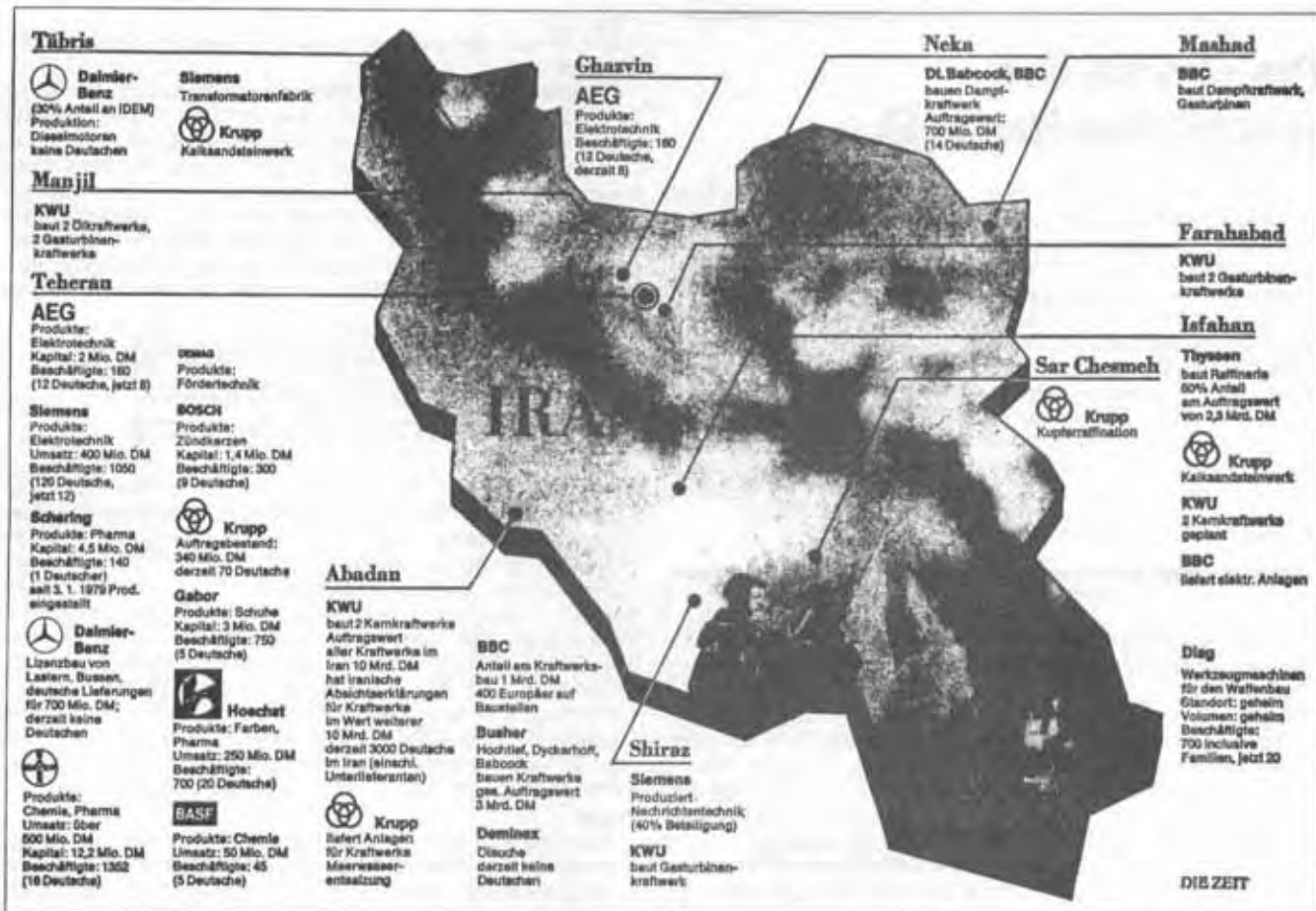
»Wenn man ihn gewähren läßt, wenn die Mullahs und die linken Gruppen damit aufhören, ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen, dann kann Herr Basargan, — der ein fähiger Politiker und ein exellenter Verwaltungsfachmann ist —, die Ordnung im Lande wiederherstellen und Regierungsautorität herstellen.« erklärt ein Ex-Unterstaatssekretär der Regierung Howaida.

Es ist paradox zu hören, daß Basargan heute von denen gelobt wird, die sich früher gegen ihn gestellt haben. Die Tatsache, daß sie sich ihm angeschlossen haben, resultiert daraus, daß ihre Gegner von gestern jetzt davon überzeugt sind, daß ihre auf dem Respekt vor der Autorität, vor der Hierarchie und der Allmacht der Technokratie gegründete Konzeption der Regierungsführung nur überleben kann, wenn die Revolution aufhört. Es gibt also stillschweigende Übereinstimmung über die Beendigung der Revolution zwischen den Funktionären des Staatsapparats und Basargan. Damit widersetzen sie sich den beiden Fraktionen, für die die Republik nur lebensfähig ist, wenn die Revolution weitergeht: den Khomeinisten und der Linken.

Achmad Faroughi, Le Monde diplomatique, Juni 1979

apparat. Und auch auf privilegierte Klassen und Schichten und auf Kapitalbesitzer nicht nur im Basar, sondern auch aus anderen Bereichen. Basargan bringt einen prowestlichen Kurs zum Ausdruck, d.h. er meint, wir sollten eine islamische Republik besitzen, über Islam reden und ein paar islamische Gesetze beachten, aber er ist nicht so motiviert wie Khomeini und er versucht, die islamische Lehre mit dem ausländischen kapitalistischen System in Einklang zu bringen.

Er wiederholt selbst, daß er kein Revolutionär ist und seine Regierung auch keine revolutionäre ist. Er ist nicht in der Lage, und er will auch nichts gegen das Kapital unternehmen, weder gegen das einheimische noch gegen das ausländische. Er nimmt eine allgemeine reformistische Position ein. Aber in einem Punkt ist er mit Khomeini einig: im Kampf gegen linke



DIE ZEIT

Kräfte. Aber seine Machtposition im Vergleich zu der von Khomeini ist schwach. Er hat eine so schwache Position, daß er nicht in der Lage ist, etwas durchzuführen. Armee, Polizei und Gendarmerie sind zwar formal staatliche Organisationen, aber sie stehen praktisch unter Khomeinis Befehl — und unter dem Einfluß des sogenannten Revolutionsrates. Die Basargan-Regierung ist mehr eine Fassade. Man fragt sich: warum erträgt Basargan diese Situation? Basargan nicht als Person, sondern die Richtung, die sich dahinter verbirgt, d. h. die prowestliche Richtung, fühlt sich schwach, so schwach, daß diese Gruppe mit Khomeini nicht rivalisieren kann — und einfach nicht kämpfen kann und sich deshalb auch nicht durchsetzen kann. Jedoch hat diese Gruppe eine Position in der Hand, d. h. sie bildet jetzt die Regierung, will die Position nicht aufgeben, solange an der Position festhalten und darin abwarten, bis Khomeinis Position schwach wird. Sie könnte sich dann als Nachfolger empfehlen und von diesem Punkt ihre Interessen durchführen. Das ist der Grund, warum sie in dieser Position verharren, obwohl jeder in Persien weiß, daß dieses Kabinett keins ist, nichts zu sagen hat und lediglich ein Befehlsempfänger ist.

Zwischenfrage:

Laßt uns noch einen Augenblick verweilen bei dem Verhältnis zwischen dem Zentrum um Khomeini und der provisorischen Regierung. Wie ist das Verhältnis von Khomeini zu den Organen des alten Staatsapparates? Es handelt sich um denselben Staatsapparat, auf den auch schon der Schah seine Herrschaft aufgebaut hat und der jetzt von Basargan formell dirigiert wird. Will Khomeini sich grundsätzlich auf diesen Staatsapparat stützen oder hält er fest an seiner eigenen Utopie von einer völligen islamischen Regierung?

Antwort:

In dieser komplexen Situation sieht man folgende Erscheinungen: Einmal versucht Khomeini zur Armee gute Beziehungen zu knüpfen und er verteidigt sie immer als islamische Armee, andererseits wird eine bewaffnete militärische Organisation aufgebaut, hauptsächlich aus Khomeini-Anhängern bestehend, besonders Jugendliche aus den unterprivilegierten Schichten der Städte: die Pasdaran-e Enghelab, die »Wächter der Revolution«. Sie stellen eine

bewaffnete Macht dar, die wird jetzt im gesamten Iran organisiert, sie machen unter anderem auch einen nationalen Kongreß und Seminare, sie stehen natürlich auch in »lockerer« Verbindung mit der Armee. Sie haben eine eigene Führung. Nach außen hin besitzen sie nur leichte Waffen. In einigen Gebieten besitzen sie die totale Macht. Auch bei bewaffneten Auseinandersetzungen in Teheran und anderen Städten steht diese Organisation im Vordergrund, wenn Khomeini etwas durchsetzen möchte. Sie versuchen Recht und Ordnung zu garantieren. Allgemein äußert Khomeini sein Mißtrauen gegen den alten Staatsapparat, weil der größte Teil seiner Mitglieder in prowestlichen ideologischen Vorstellungen ausgebildet wurde.

Khomeini kann den Staatsapparat nicht beseitigen, will aber auch nicht mit diesem Staatsapparat zusammenarbeiten, er hat andererseits aber auch keine Kader, die den Staatsapparat ersetzen können, deshalb gibt es jetzt einen latenten aber auch offenen Kampf zwischen dem alten Staatsapparat mit seinen westlichen Vorstellungen und Khomeini. Er sagt ständig, daß er islamische Forderungen durchsetzen möchte, aber was er durchsetzen kann, sind meiner Meinung nach mehr Nebensachen, z. B. in bezug auf alkoholische Getränke, die

Khomeini baut islamische Strukturen auf, ohne alte Machtstrukturen beseitigen zu können

Geschichte mit dem Kopftuch der Frauen, Bestimmungen gegen das Essen von Schweinefleisch, Gefrierfleisch, Trennung von Mann und Frau am Badestrand, oder daß die Frauen beim Tennisspiel lange Hosen tragen müssen, oder ähnliche Sachen, die einfach zeigen, wie naiv die Vorstellungen sind, die die Hauptprobleme beiseite lassen und sich über intime menschliche Beziehungen kümmern, um die er sich normalerweise nicht zu kümmern hat. Solch äußerliche Reformen werden natürlich vom Handelskapital warm begrüßt und als Durchführung einer islamischen Republik verstanden, und dafür sind sie auch bereit zu kämpfen, aber nicht gegen die Hauptprobleme. Es gibt im Iran jetzt kaum einen großen

Die »Partei der islamischen Republik«

An der Spitze des politischen Kampfes des Iman befindet sich die Partei der Islamischen Republik (P.I.R.). Diese durch den Ayatollah Behechti angeregte und im Mai gegründete Partei versucht, wie es ihr Name beinhaltet, sich als Einheitspartei der Republik einzusetzen. Diese Partei, die der politischen Philosophie des Iman strikt folgt, zeichnet sich hauptsächlich durch ihren Antikommunismus und ihre populistische Demagogie aus. Sie rekrutiert übrigens die meisten ihrer Gefolgsleute zwischen den fanatisierten Religiösen der benachteiligten Schichten. Sie ist gegen die Demokratie, — »Es gibt keine Partei, außer der Partei Gottes« heißt einer ihrer Slogans — und wird von allen progressiven politischen Gruppen als eine »authentisch faschistische Partei« angesehen.

Achmad Faroughi, Le Monde diplomatique, Juni 1979

Handelskapitalisten, der sich nicht als echter Moslem versteht, obwohl er wahrscheinlich niemals ein echter Moslem gewesen ist.

Frage:

Aber ist es nicht so, daß die alte herrschende Klasse, die Kompradorenklasse, zumindest vorübergehend von der Macht verdrängt ist? Welche Position hat sie noch? Ich habe in einem Artikel gelesen, daß sie sich offen zu Basargan bekennt, daß die Funktionäre des Staatsapparates in Basargan ihren Fürsprecher finden. Er fordert ja eine Generalamnestie für alle, die nicht unmittelbar an Folterungen und Tötungen beteiligt waren.

Antwort:

Dieser Standpunkt ist völlig richtig, daß Überreste, und es sind große Überreste, sich hinter den jetzigen islamischen Vorstellungen verstecken und weiterexistieren, da darf man sich nicht täuschen lassen.

Man könnte sich die iranische Kompradorenklasse als einen Eisberg vorstellen, von dem nur die Spitze abgebrochen wurde, Vierfünftel dieses Eisbergs schwimmen noch unter Wasser. Teile der Kompradorenklasse, die sich jetzt taktisch

Basargan jetzt der Exponent der alten Kompradorenklasse

aus dem gesellschaftlichen Leben zurückziehen und nicht mehr in den Vordergrund treten, verstecken sich hinter Basargan und versuchen ihn zu unterstützen, weil die Forderungen Basargans für diese Schicht noch profitabler sind und beruhigender als die Khomeinis. Weil es nämlich um **Khomeini radikal denkende Fraktionen gibt**, die kompromißlos zumindest gegen die Anhänger des Schah-Regimes etwas unternehmen wollen. Basargan will das natürlich nicht, weil er ein »alter Kamerad« ist.

Im Iran gibt es noch einen dritten Machtfaktor, das sind die religiösen Extremisten um Ayatollah Khomeini und die Fedijane Islam, die islamischen Fedajin, die Komitees oder die Revolutionsgerichte. Manche von diesen Extremisten verlangen die Übernahme der totalen Macht, z. B., daß Khomeini die Präsidentschaft, die die neue iranische Verfassung vorsieht, übernimmt. Manche sagen sogar, daß die Wahl ein Absurdum sei, Khomeini oder ein anderer Geistlicher soll Präsident auf Lebenszeit bleiben, und auch die Verfassung halten diese Leute für absurd. Man habe doch den Koran, wo alles drinsteht, warum sollte man deshalb Paragraphen und Artikel schreiben? Sie sagen, alle wahren Perser haben echte Moslems zu sein, und wer das nicht ist, dem muß das Recht abgesprochen werden, in Persien zu leben. Natürlich ist es wissenschaftlich falsch, wenn man in diesem Zusammenhang von Faschismus spricht, aber ihre Methoden tendieren in diese Richtung. Sie besitzen Waffen, und diese Bewegung nach rechts entwickelt sich jetzt weiter und weiter. Aber sie berufen sich ausdrücklich auf Khomeini.

Frage:

Wie ist das Verhältnis Khomeinis gegenüber den Linken?

Antwort:

Khomeini, Basargan und diese Extremisten sind sich einig im Kampf gegen die Linke, und zwar nicht nur die marxistische Linke, sondern sie kämpfen auch gegen die Mudjahedin, das ist eine islamische Organisation, überzeugte Moslems, aber die die Abschaffung von Privateigentum verlangen und die Beseitigung aller Klassenunterschiede, d. h., sie sind Moslems, aber progressive. Die Gegnerschaft von Khomeini, Basargan und der Fedajin-Islam gegen die Mudjahedin zeigt, daß es sich nicht um Religion handelt, ob man ins Paradies

Islamische Fedajin und Volksfedajin — es geht nicht um Religion sondern um Klassenkampf

kommt oder nicht, hier handelt es sich einfach um den Klassenkampf. Natürlich sind diese drei genannten Gruppierungen auch gegen die marxistische Bewegung. Deshalb versucht man heute, die Mudjahedin und Volks-Fedajin und nicht nur die beiden, sondern alle anderen sozialistischen Kräfte, — jeder weiß, nicht jeder Sozialist muß unbedingt Marxist sein, nicht jeder Marxist Leninist usw., usf. — also alle Sozialisten versucht man zu unterdrücken. Man versucht zu verhindern, daß das Problem des Privateigentums in den Vordergrund kommt. Das ist das eigentliche Problem. Wenn Mudjahedin und Volks-Fedajin sich bereiterklären würden, über Eigentumsverhältnisse nicht weiterhin so laut zu reden, würde man die Feindseligkeiten gegen sie einstellen.

Frage:

Aber geraten die Gruppierungen an der Macht nicht in Widerspruch zu ihrer eigenen klassenmäßigen Basis, wenn sie versuchen, diese Fragen der sozialen Verhältnisse auszuklamern? Geraten damit nicht Khomeini und die Fedajin-Islam in Widerspruch zu ihrer Grundlage? Du sagst selber, daß sie ihre Anhängerschaft in den unterprivilegierten Schichten hätten.

Antwort:

Khomeini ja, nicht die Fedajin-Islam und Basargan auch nicht! Khomeini steht vor einer sehr schweren Frage, die für ihn und für die Gruppe um ihn und den Theoretiker Banisadr entscheidend ist. Banisadr ist Khomeinis Wirtschaftsberater. Hier herrscht ein großer Widerspruch. Wenn man für die Beseitigung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen ist, wenn man für die Abschaffung von Klassenprivilegien ist, wenn man eine klassenlose Gesellschaft verlangt, was von diesen genannten Herren gefordert wird, kann man nicht gleichzeitig für Handelskapital und Handelsprofit werben. Man sagt, in der Lehre ist Handelsprofit erlaubt. Und einige Teile davon soll man, wie es die Religionsbestimmungen erlauben, dem Staat oder an das Religionsoberhaupt weitergeben. Man vergißt aber, daß von diesem Profit auch ein Teil für den Händler, den Kapitalisten, den Kaufmann bleiben. Und jeder weiß, daß Profit das Resultat von Aneignung von Fremdarbeit ist. Profit ist nicht mit Lohn oder Gehalt gleichzusetzen. Deshalb verlangen die Massen, daß diese Klassengesellschaft beseitigt wird, oder daß zumindest in diese Richtung gearbeitet wird. Entweder müssen die Leute wie Khomeini und Banisadr zugeben, daß sie für die Abschaffung des Privatkapitals sind, in diesem Fall steht ihnen eine große Auseinandersetzung mit dem Handelskapital bevor, in diesem Fall müßten sie auch von der Lehre des Islam Abstand nehmen, weil im Islam Handelskapital und Profit erlaubt sind. Aber wenn sie für Handelskapital und Handelsprofit eintreten, können sie nicht weiterhin behaupten, daß sie für die Abschaffung aller Klassenprivilegien sind, daß sie für eine klassenlose Gesellschaft sind. Man kann nicht auf zwei Stühlen gleichzeitig sitzen. Und bis jetzt haben Khomeini, Banisadr und andere durch allgemeine abstrakte Äußerungen eine klare Antwort vermieden. Aber diese Taktik kann nicht von langer Dauer sein.

Frage:

Du hast jetzt die gegenwärtigen Machtstrukturen der islamischen Republik sehr ausführlich dargestellt in ihrer Komplexität und ihren Widersprüchen, die sich aus der unterschiedlichen sozialen Basis ergeben und auf die sie sich bezieht. Wie ist aber nun die Lage der werktätigen Schichten

selber? Im Iran gibt es, soweit ich weiß, heute von den ca. 12 Millionen arbeitsfähigen Menschen allein 3—4 Millionen Arbeitslose. Wie ist die Lage der Bauern, wie ist die Lage der Arbeiter und Angestellten in Fabriken und Verwaltungen?

Antwort:

Die Lage der Bauern war unter dem Schah-System so schlecht, daß sie gar nicht mehr schlechter werden konnte. Sie ist leider bis jetzt genauso schlecht geblieben. Das liegt wahrscheinlich daran, daß man in fünf Monaten noch nichts Größeres in dieser Richtung ändern konnte. Aber hier herrschen auch widerspruchsvolle Situationen. Manche alten Großgrundbesitzer versuchen mit Hilfe von bewaffneten Kräften, die manchmal als Iman-Komitees getarnt auftreten, ihre Besitztümer zurückzubekommen. Das führt natürlich zum Widerstand der Bauern. Die Bauern haben vorher Land besetzt oder im Zuge der Landreform war es ihnen zugesprochen worden. Und jetzt kommt der alte Besitzer und verlangt sein Land zurück. In manchen Gegenden wie Gonbad, eine sehr fruchtbare Gegend im Nordiran, die eine sehr lukrative Beute im Besitz des Schah und des Offizierskorps darstellte, hatte man die Bauern mit Gewalt enteignet, ohne daß sie entschädigt wurden. Das ging mit solchen Maßnahmen vor sich, daß man die Bauern erschlug oder ins Gefängnis warf, wenn sie Widerstand leisteten. Für die neuen Besitzer war

Für die Bauern hat sich nichts geändert!

diese Region sehr profitabel. In einer Teheraner Zeitung wurde auch eine Liste der Offiziere veröffentlicht, die im Besitz des Bodens waren. Nach der Revolution verlangten die Bauern ihr Eigentum zurück, in einigen Gegenden haben die Bauern ihr Eigentum zurückerobert, dabei kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den alten Eigentümern, den Offizieren, Armee und Komitees. In den Gegenden, die auch politisch entwickelt sind, versuchte sich die Bauernschaft durchzusetzen. Aber allgemein gesehen, ist die Bauernklasse bis jetzt vorläufig von der politischen Auseinandersetzung ausgeschlossen. Sie ist nicht stark daran beteiligt, weil vieles davon abhängig ist, welche Pläne die Regierung in bezug auf die Landwirtschaft hat und durchsetzen will. Auch auf diesem Gebiet herrscht bis jetzt eine Konzeptionslosigkeit. Man versucht, wenn es in einer Gegend zum Bauernaufstand oder zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt, eine vorübergehende Lösung vorzuschlagen, um damit sofort die Wogen zu glätten, ohne einen Gesamtplan zu erarbeiten. Die Frage ist noch offen, wie es in der Landwirtschaft weitergehen wird.

Die Bauernklasse ist politisch noch nicht so aktiv wie die Arbeiterklasse, die besonders in der letzten Periode des Schah-Regimes im Erdölgebiet von Khusistan aktiv war. Die Arbeiterklasse versucht sich jetzt überall mit Hilfe eigener Organisationen zu organisieren, aber diese Arbeit geht sehr langsam voran und unter sehr schweren Bedingungen. Das hat politische und soziologische Gründe, denn es ist nicht möglich, von heute auf morgen eine Gewerkschaft zu organisieren und das politische Bewußtsein einer Klasse zu entwickeln, ist ein langer Prozeß.

Im Iran sind die 3—4 Millionen Arbeitslose nicht nur Industriearbeiter. Sie sind z. B. auch Lastwagenbesitzer. Weil 50 Prozent der iranischen Industrie nicht arbeitet, ist auch das Transportwesen davon betroffen, die Arbeitslosigkeit umfaßt auch Kleinproduzenten, Besitzer von kleinem Kapital wie z. B. diese Lastwagenbesitzer und auch viele, die noch nie im Industrie-prozeß waren, die vom Land kamen und vergeblich Arbeit suchten. Ein großer Teil von diesen 3—4 Millionen sind auch Frauen, Besonders in Teheran ist das Arbeitslosenproblem sehr ausgeprägt, weil Teheran das Zentrum der

Regierung hat kein Wirtschaftskonzept — Arbeitslosigkeit nimmt zu!

iranischen Industrie ist, mehr als 40 Prozent der iranischen Industrie befindet sich in der Nähe von Teheran. Bis jetzt hat man versucht, durch einige Hilfsmaßnahmen, durch Zahlung von Arbeitslosengeld oder Gewährung von Krediten, die Not zu lindern, um zu verhindern, daß es zu noch größeren sozialen Schwierigkeiten kommt. Aber das Problem existiert,

Arbeitslosigkeit

Macht' Ali S. ist Bauarbeiter. Er ist verheiratet, Vater von sechs Kindern und aufgrund der Streiks, die die Bautätigkeit in ganz Teheran zum Erliegen gebracht haben, seit November arbeitslos. Er lebt mit seiner Familie, der sich kürzlich seine Mutter, seine Schwester und seine Schwiegermutter angeschlossen haben, in zwei winzigen heruntergekommenen Räumen im Labyrinth der Straßen der Elendsviertel des Teheraner Südens. Die 11köpfige Familie muß von dem Geld, das zwei Kinder Macht'Alis nach Hause bringen, überleben. Das erste, ein zwölfjähriger Junge, arbeitet 14 Stunden am Tag bei einem Bäcker und verdient 4500 Rial im Monat; das andere, ein neunjähriges Mädchen, arbeitet 10 Stunden am Tag als Teppichknüpferin und verdient 5000 Rial im Monat. Nachdem die Miete bezahlt ist, bleibt fast nur der Verdienst des Mädchens zum Leben übrig. Täglich steht Macht'Ali Schlange vor den wenigen Baufirmen, die noch in Betrieb sind, um Arbeit zu bekommen. Was erwartet er von der Revolution? *„Arbeit“*, sagt er uns, ohne wirklich daran zu glauben. *„Ich habe gegen den Schah demonstriert und ich bin in den Streik getreten, weil ich gläubig bin und Khomeini mein Iman ist. Aber heute ist es schlimmer als früher. Die Regierung verspricht uns das Paradies, aber wir leben weiter in der Hölle.“* Nach kurzem Schweigen fügt er leise hinzu: *„In der Schah-Epoche hatte man wenigstens etwas zu essen...“*

Die vierzigjährige Omal Bani N. ist Mutter von acht Kindern, von denen sie noch sechs versorgen muß. Ihr Ehemann ist infolge eines Arbeitsunfalls gelähmt. Sie leben eingepfercht in einem miserablen Zimmer in den Elendsvierteln Süddeherans. Täglich steht sie um 5 Uhr morgens auf und geht um Mitternacht zu Bett und durchquert unermüdlich die Stadt auf der Suche nach einer Arbeit. Wenn sie eine findet, dann als vorübergehende Hausangestellte, um eine ihrer Bekannten zu vertreten. In sechs Monaten hat sie nur 30000 Rial verdient. Einer ihrer Söhne sitzt wegen Diebstahls im Gefängnis und eine ihrer Töchter ist Prostituierte geworden. Diese schickt ihrer Mutter — heimlich — Geld zum Überleben. *„Ich schaff' das nicht mehr“*, bekennt uns Omal Bani mit Tränen in den Augen. Als wir sie fragen, was sie über die Revolution denkt, antwortet sie: *„Welche Revolution?“*

Achmad Faroughi, Le Monde diplomatique, Juni 1979

1 Rial ist ungefähr 0,02 DM

und hier gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten. Eine Möglichkeit ist, daß die Regierung mit Mitteln aus dem Erdöleinkommen diese Leute beschwichtigt, sie irgendwie wieder zu beschäftigen versucht, z. B. in den Bereichen des Straßen- oder Wohnungsbaus, um so langsam die 4 Millionen Arbeitslosen zu reduzieren, die andere Möglichkeit bestünde darin, daß auf Grund der Konzeptionslosigkeit, die heute vorhanden ist, dieses Problem weiterexistiert. Und bei Fortdauer der Arbeitslosigkeit gibt es wieder 2 Möglichkeiten: Entweder Entwicklung in Richtung gewerkschaftlicher Aktivitäten, d. h. Tendenz nach links oder Tendenz nach einem faschistischen System, welches Brot und Arbeit verspricht. Diese Frage ist offen, in welche Richtung die politische Entwicklung in Persien weitergehen wird. Das waren die Hauptklassen, über die man im Iran im Augenblick etwas aussagen kann.

Frage:

Könntest du vielleicht noch etwas ausführlicher zur Situation der Arbeiterschaft Stellung nehmen? Es ist doch wohl so, daß sehr viele Betriebe gar nicht mehr arbeiten, die Produktion in vielen Bereichen stillliegt, daß es Forderungen gegeben hat, Räte zu bilden, die eigenen Betriebe zu verstaatlichen.

Antwort:

Diese Forderungen wurden im allgemeinen von der Basargan-Regierung abgelehnt. Natürlich war hier eine große Chance, Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die lahmgelegten Betriebe wieder in Gang zu bringen und die Produktivität zu

erhöhen. Besonders unmittelbar nach dem Umbruch erklärten sich die Arbeiter bereit, die Betriebe zu übernehmen, ihre Arbeitskraft einzusetzen, um die iranische Wirtschaft wieder gesund zu machen, um aus dieser Krise herauszukommen.

Aber diese berechtigten Forderungen der Arbeiter wurden von der Regierung abgelehnt. Zuerst kam es in einigen Betrieben zur Gründung von Arbeiterräten, aber im Laufe der Zeit, in dem Maße, wie die Macht von Basargan gefestigt wurde, und die Leute um Khomeini sich organisieren konnten und die Komitees sich weiterentwickelten, wurden diese Räte einfach zurückgedrängt, manchmal sogar mit Waffengewalt.

Die einzige Chance für die Linken: Praktische Verbindung mit der Arbeiterschaft

D. h., es kamen einige bewaffnete Leute und verhinderten, daß in einem Betrieb die Arbeiterräte weiterarbeiteten. Im Teheraner Ministerium für Arbeitsangelegenheiten, wo auch viele Versammlungen von Arbeitern stattgefunden hatten, wurden diese Veranstaltungen der Arbeiterräte von bewaffneten Kräften gesprengt und sie konnten nicht weiterarbeiten und sich äußern.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Iran, besonders die der Arbeitslosen, ist unglaublich schlecht. Es geht den Leuten jetzt noch schlechter als vor 9 Monaten. Die gesamte Last des Umbruchs, die gesamten Schwierigkeiten sind auf diese unterprivilegierte Schicht, auf die Arbeiterklasse und auf die Arbeitslosen, die sich aus verschiedenen anderen Schichten rekrutieren, geladen worden. Das führt natürlich dazu, daß, wenn sich nicht sofort die wirtschaftliche Situation zugunsten dieser Leute ändert, nicht auszuschließen ist, daß politische Demonstrationen und auch andere politische Aktionen von diesen entrechteten Arbeitern und anderen Werktätigen der Städte stattfinden werden.

Frage:

Besteht nicht sogar die Gefahr, daß sich die gegenwärtige Situation noch verschlechtert? Viele Betriebe, gerade diejenigen, die jetzt verstaatlicht worden sind, stehen ja vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Ich habe gelesen, daß die Gefahr besteht, daß so noch weit mehr Arbeitslose produziert werden.

Antwort:

Diese sogenannte Verstaatlichung von Banken und Industrien ist eine Maßnahme, um diese Entwicklung rechtzeitig zu verhindern, d. h. mit staatlichen Geldern zu verhindern, daß die Betriebe, die noch existieren und produzieren, völlig lahmgelegt werden. Man weiß, wenn auch noch diese lahmgelegt werden, ist eine soziale Krise nicht zu verhindern, und in dieser sozialen Krise werden auch die Parolen von Khomeini nicht mehr ziehen. Um dem zuvorzukommen, versucht man hier wieder, nicht einen langfristigen Plan zu verwirklichen, sondern versucht, sich vorübergehend durchzulavieren.

Frage:

Es ist doch schon zu großen Demonstrationen von Arbeitslosen gekommen. Es hat Besetzungen von verschiedenen Ministerien durch Arbeitslose aus unterschiedlichen Bereichen gegeben. Wie ist das Verhältnis der provisorischen Regierung und der Iman-Komitees, die von Khomeini dirigiert werden, zu dieser Arbeitslosen-Bewegung?

Antwort:

Die Regierung gibt natürlich große Versprechungen, z. B. Arbeitsminister Herr Forouhar meint, daß er die Lage der Arbeiterklasse so schnell wie möglich verbessern und einen Mindestlohn garantieren kann. Versprechungen kann man natürlich jeden Tag in Zeitungen lesen, aber was unternommen wird, ist sehr mager. Und in erster Linie ist es die Konzeptionslosigkeit: es gibt keine kurz- und langfristigen Pläne. Das alles ist das Resultat von den Ereignissen, von denen ich vorher gesprochen habe. Unsere Bewegung wurde in einer Periode unterbrochen, in denen viele Widersprüche vorhanden waren und viele Fraktionen und noch kein entwickeltes Konzept. Und die Leute, die die Macht übernommen haben, haben entweder gar kein Konzept oder ein veraltetes und sind deshalb nicht in der Lage, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Mit Parolen des Islam zu

Forderungen der Arbeiter und der Linken

In der N.P.-Fabrik erwarten die Arbeiter viel von der Revolution. »Wir verlangen, daß die Regierung die Unternehmer zum Zahlen zwingt«, erklärt uns ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, wenn der Staat die Fabrik schon nicht nationalisiere. Von 50 gefragten Arbeitern waren 48 für die Nationalisierung. Die wichtigsten Forderungen? Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und das Recht auf Einsichtnahme in die Geschäftsführung der Fabrik.

In einer anderen Fabrik, in der eingeführte Maschinenteile montiert werden, haben die Arbeiter spontan eine Gewerkschaft gegründet und ihre alten »Vertreter« als »Agenten des SAVAK« selbst herausgeworfen. Ihre Forderungen sind radikal: Sofortige Verdopplung aller Löhne; Abschaffung der Ungleichheit der Löhne; weder Einstellungen noch Entlassungen ohne Zustimmung der Gewerkschaft; vorgezogene Pensionierung für bestimmte Arbeitergruppen; und die gegenwärtig nicht bestehende Sicherung der Arbeitsplätze. In dieser Fabrik sind 70 Prozent der Arbeiter Analphabeten, die führenden Gewerkschafter eingeschlossen. Dieselben Forderungsarten finden wir in 15 weiteren besuchten Fabriken, in denen die Ansprüche der Arbeiter teilweise einen gebieterischen Charakter annehmen, insbesondere durch die Forderung nach der Wahl der Unternehmensleitungen durch die Gesamtheit der Beschäftigten.

Für die Kräfte der Linken und insbesondere für die Organisation der Volksfedayin (marxistisch-leninistische Guerilla) ist die Beteiligung der Arbeiter an der Unternehmensführung eine der ersten Forderungen. In den Fabriken versuchen die Aktivisten den Arbeitern bei der Organisation »revolutionärer Gewerkschaften« zu helfen, um die »arbeiterfeindlichen« Gesetze des alten Regimes außer Kraft zu setzen; aber vor allem versuchen sie, den Arbeitern ein »Klassenbewußtsein« zu vermitteln. Während diese Anstrengungen insbesondere in den kleinen Unternehmen des privaten Sektors teilweise vom Erfolg gekrönt sind, verhindert die durch die »Khomeini-Komitees« veranstaltete »Kommunistenjagd« vorübergehend die Ausdehnung des Einflusses der progressiven Kräfte in den nationalisierten Industriesektoren. Die Fälle sind zahlreich, wo, aufgrund von Denunziationen »islamischer Arbeiter«, linke Aktivisten, angeklagt, »gegen die Religion gearbeitet« zu haben, ohne Umschweife entlassen wurden. In öffentlichen Einrichtungen sind die Versuche, die Arbeiter in »Revolutionären Komitees« zu organisieren oder die Wahl der Verantwortlichen durch die Basis durchzuführen, Mißerfolge gewesen. Der Premierminister selbst hat die Staatsbediensteten wissen lassen, daß er sich allen derartigen Initiativen widersetzt. Für Basargan »können die Regierungsangestellten Vorschläge machen, aber es ist dann Aufgabe der Autorität auszuwählen und die Chefs einzusetzen«.

Achmad Faroughi, Le Monde diplomatique, Juni 1979

Mohammeds Zeiten kann man nicht die heutige Arbeitslosigkeit beseitigen. Es ist klar, man muß einen Plan haben. Es geht nicht beides: entweder existiert das Privatkapital oder das Privatkapital wird vergesellschaftet, aber es kann nicht beides gleichzeitig sein. Und wenn man sich nicht für eine dieser beiden Seiten entschlossen hat, bleibt dieser Widerspruch ungelöst und spiegelt sich tatsächlich in jedem Ereignis wider. Natürlich kommt es zu Besetzungen verschiedener Industriebetriebe oder auch z. T. von Ministerien, die Arbeitslosen wurden aber vertrieben durch bewaffnete Komitee-Mitglieder und Khomeini-Anhänger. Es gibt jetzt eine sehr starke antimarxistische und antisozialistische Propaganda im Iran und manchmal behaupten Regierungssprecher ganz offen, wenn man über einen Streik spricht, dieser sei von Agenten des Schah oder Agenten des ausländischen Kapitals angezettelt worden, man behauptet, streikende Arbeiter würden mit viel Geld von ausländischen Geldgebern für den



Streik bezahlt. Oder sie behaupten: »Wir haben viele Arbeitsplätze, aber keiner meldet sich.« — Und ähnliche Verleumdungen werden in die Welt gesetzt! Die Situation der Arbeiter wie die allgemeine politische Situation ist vorläufig instabil und offen.

Frage:

Wenn aber die Machtzentren der islamischen Republik nicht in der Lage sind, einen Plan zu entwickeln für die Lösung dieser ungeheuer schwerwiegenden ökonomischen Probleme, und für die Arbeitslosenfrage, welche Forderung haben denn die Arbeiterschaft und die Arbeitslosen selber? Wieweit drückt sich das in politischen Organisationen aus, die für die Interessen der Arbeiter und der übrigen Werktätigen eintreten?

Antwort:

Es ist abzusehen, daß die Zahl der Arbeitslosen weiter ansteigen wird. Es fand auch ein großer Kongreß statt, der in Teheran organisiert wurde, zu dem Vertreter von Arbeitslosen aus dem gesamten Persien erschienen waren. Die Arbeitslosen sind wahrscheinlich die stärkste Fraktion unter den Werktätigen. Ihre Hauptforderung ist: »Wir suchen Arbeit, uns ist egal von welcher Seite!« Natürlich gibt es positive und negative Tendenzen, wie ich schon vorher erklärt habe: entweder Tendenz zur gewerkschaftlichen Tätigkeit oder Tendenz zur faschistischen Bewegung. Aber im Mittelpunkt ihrer Forderung steht der Ruf nach einem Arbeitsplatz. Sie sagen: »Unsere Familien brauchen Kleidung, Essen, wir haben nichts!«

Frage:

Besitzen die Arbeitslosen und die Organisationen der Arbeitenden einen Plan dafür, wie die ökonomischen Probleme zu lösen sind?

Antwort:

Sie haben auch Vorschläge. Sie fordern von der Regierung, daß in kleinen und großen Betrieben Räte geschaffen werden, und daß die Arbeiter selbst das Schicksal der Betriebe in die Hand nehmen. Viele kleinere Arbeiterorganisationen z. B. aus Kleinbetrieben, erklären sich wiederholt bereit, die Arbeit zu übernehmen. D. h. also nicht, daß sie Arbeit fordern und nur abwarten, bis ihnen jemand Arbeit gibt. Sie haben eine lange Liste ganz konkreter Vorschläge, wie man das Problem beseitigen könnte, aber diese Forderungen werden von der Regierung nicht akzeptiert, weil die Regierung sich noch nicht zu einer klaren politischen Richtung entschlossen hat. Sie ist für diese Forderungen taub und wartet ab, bis irgendetwas im politischen Bereich geschieht.

Frage:

Wir haben schon über die Rolle der linken Gruppen gesprochen. Wie stark sind sie in der Bevölkerung verankert?

Antwort:

Die linke Bewegung ist eine heterogene Bewegung mit verschiedenen Gruppierungen und Fraktionen mit allgemeinen Vorstellungen vom Sozialismus. Vom humanistischen

Sozialismus bis zum Leninismus und Troztkismus geht dieses Spektrum. Aber man versucht, alle diese Vorstellungen unter einen Hut zu bringen, um gemeinsame Politik zu betreiben. Der Schwerpunkt der linken Gruppierungen befindet sich innerhalb der Arbeiterklasse im Südiran, in Teheran und in Isfahan. Man versucht, innerhalb der Arbeiterklasse Fuß zu fassen oder dazu beizutragen, daß Gewerkschaften gegründet werden und daß es zur Gründung von einer Arbeiterpartei kommt. Aber diese Aktivitäten sind noch in der Anfangsperiode, weil unter der Herrschaft der Pahlewis solche Aktivitäten nicht möglich waren und jetzt erst seit kurzer Zeit angefangen sind. Besonders über die Aktivitäten der Volks-Fedajin kann man reden. In großen Teilen von Iran besitzen sie Organisationen und Filialen, auch im Süden des Landes. Sie schicken ihre Mitglieder, die hauptsächlich Intellektuelle sind, in die Dörfer und in die Arbeiterviertel der Städte, in solche Städte wie Abadan, ein Zentrum der Arbeiterklasse. Dort versuchen sie durch Diskussionen, Verteilung von Papieren, Veranstaltungen und verschiedene andere propagandistische Maßnahmen Kreise zu finden und zu organisieren und dazu beizutragen, daß ein Kern zur Bildung einer großen Gewerkschaft oder später einer Arbeiterpartei entstehen kann. Aber ich möchte betonen, daß auch die Arbeit der Volks-Fedajin sehr schwer ist und besonders von den »Wächtern der Revolution« bedroht wird. Die Volks-Fedajin müssen über eine längere Zeit Erfahrungen sammeln, die bei so jungen Organisationen einfach nicht vorhanden sind.

Frage:

Ich möchte hier kurz eine Passage zitieren, die aus einem »Le Monde«-Artikel von Achmed Faroughi stammt. Er hat offenbar einen Fedajin interviewt, der ihm folgendes erklärt hat: »Wir haben nicht Tausende von Toten gegeben, damit die Revolution von einer reformistischen bürgerlichen Regierung beschlagnahmt wird, die von einer Handvoll religiöser Fanatiker unterstützt wird. Die arbeitenden Klassen haben gerechte Forderungen. Wenn man ihre Forderungen nicht hört, ihre Rechte nicht anerkennt, werden wir wieder zu den Waffen greifen.« Nun ist es aber so, daß nicht die Fedajin zu den Waffen greifen, sondern im Gegenteil ja die Fedajin offen angegriffen werden von religiösen Kräften und die Fedajin offenbar dem wenig entgegenzusetzen haben. Oder wehren sie sich nur deshalb nicht, weil sie die Gefahr sehen, daß ein erneuter Bürgerkrieg von den Imperialisten ausgenutzt wird?

Antwort:

Hier sind viele Aspekte drin. Vorläufig sind die Fedajin dazu nicht in der Lage und haben nicht den bewaffneten Kampf angefangen, sondern sie sind angegriffen worden, z. B. in Abadan, dort haben sie nicht zurückgeschossen, obwohl sie auch bewaffnet waren. Sie haben sich entwaffnen lassen, d. h. sie verhindern bewußt — obwohl es sehr schwer ist — eine bewaffnete Auseinandersetzung. Auch in Teheran ist es geschehen, daß eine bewaffnete Gruppe mit Jugendlichen an der Spitze gegen die Fedajin vorging, die Jugendlichen haben geschossen, die Fedajin schossen nicht zurück, um keine Kinder zu töten und weil das Ganze ein Komplott war. Es wird immer wieder von den reaktionären Kreisen versucht, die Fedajin und natürlich auch die Mudjahedin in irgendeiner Ecke in bewaffnete Auseinandersetzungen zu verwickeln. Wir müssen sehen: Mudjahedin und Fedajin sind zwar bewaffnet, aber diese Tatsache dürfen wir auch nicht überschätzen, denn sie haben nur leichte Waffen. Sie haben keine Flugzeuge, Hubschrauber und Panzer im Gegensatz zur Armee. Die Reaktion im Iran plant, langfristig beide Organisationen auszurotten in bewaffneten Auseinandersetzungen. Aber sie will erst im politischen Bereich die Voraussetzungen dafür schaffen, die sie isolieren. Sie will beide Organisationen als Feindorganisationen, als antidemokratische, als Organisationen, die Spionage treiben, als Organisationen, die die Interessen des Imperialismus und des Zionismus durchführen, diffamieren. Deshalb wird im Iran von reaktionären Kreisen vom Kampf gegen Zionismus, Imperialismus und Marxismus gesprochen, d. h. es wird gleichgestellt. Das sind alles Vorbereitungen. Und in dem Moment, wo die Reaktion sicher ist, daß die beiden Organisationen von den Massen isoliert sind, wird sie militärisch angreifen. Ob die Fedajin sich verteidigen oder nicht verteidigen, das wird keine Rolle spielen. Es wird wahrscheinlich ein Blutbad geben. Wenn die Fedajin und die Mudjahedin noch genügend Zeit zur Verfügung haben, werden sie unter den Werktätigen Fuß

fassen können, und dann werden sie nicht mehr so leicht zu beseitigen sein, weil die Widersprüche im reaktionären Lager ihnen behilflich sein werden, daß ihre Lehre und ihre Vorstellungen bei den Arbeitern auf mehr Verständnis stoßen und sie sich dadurch eine Machtbasis verschaffen. Aber solange wird die Reaktion nicht warten. Das zeigen die Ereignisse der letzten Wochen im Iran. Z. B. wurde Sheibani, ein Führer der Fedajin verhaftet. Er war wochenlang in Haft, und Saadati von den Mudjahedin ist noch in Haft. Man versucht, die Fedajin systematisch zu verdächtigen als eine imperialistische Organisation. Seit einigen Wochen wird auch versucht, die Mudjahedin als eine Spionageorganisation der SU zu verdächtigen. Und natürlich gibt es im Fernsehen, Radio und in den Zeitungen viel Propaganda in dieser Richtung, so daß man den Plan erkennen kann, diese beiden Organisationen zu entmachten.

Der Fedajin, der hier mit »Le Monde« gesprochen hat, scheint ein ehrlicher und mutiger Mann zu sein, aber er überschätzt ihre eigene Kraft, weil leider die linke Bewegung im Iran insgesamt nicht so stark ist und so vorbereitet, daß sie einen bewaffneten Kampf gegen die Herrschenden erfolgreich durchsetzen könnte.

Frage:

Aber deine Einschätzung ist offenbar, daß die Zeit für die linke Bewegung, für die Fedajin und Mudjahedin arbeitet.

Antwort:

Die Zeit arbeitet für die linke Bewegung im Iran, und weil jeder in Persien sich darüber im klaren ist, auch die reaktionären Kreise, deshalb werden sie das nicht dulden. Ich befürchte, daß diese Zeit sehr kurz bleiben wird. Es ist eine

Die Zeit arbeitet für die Linken – das wissen auch die Reaktionäre!

ähnliche Situation, wie in der konstitutionellen Bewegung bei Sattar Khan. Erst versuchen sie, zu isolieren, zu entzweigen und dann zu beseitigen. Natürlich hoffe ich als Perser, daß das nicht der Fall sein wird. Diese Äußerung mag man als eine Warnung betrachten, damit sich solch ein Schicksal nicht wiederholt, aber ich habe ganz tiefe Bedenken, daß das verhindert werden kann.

Frage:

Könntest du noch einiges zur gegenwärtig hauptsächlich propagandistischen Kampagne gegen die Linke sagen? Welche Rolle spielen z. B. die Presse und der Rundfunk dabei, wie verhalten sich die Massen demgegenüber?

Antwort:

Das Fernsehen war nur 24 Stunden unter Volkskontrolle gewesen, unmittelbar nach dem Umbruch. Nach 24 Stunden wurden Fernsehen und Rundfunk von der Reaktion besetzt. Ich möchte hier nicht gegen die eine oder andere Person reden. Aber diese Leute, die Radio und Fernsehen kontrollieren sind Repräsentanten von bestimmten gesellschaftlichen Strömungen. Deshalb ist es völlig egal, ob Herr A oder Herr B die Leitung von Radio und Fernsehen übernimmt. Ich sage das deshalb, weil in der iranischen Presse sehr viel personalisiert wird, das ist völlig falsch, und leider macht die linke Bewegung im Iran diesen Fehler, sie greift die Personen an und setzt sich nicht mit den gesellschaftlichen Strömungen auseinander. Aber auf jeden Fall ist das Fernsehen eine reaktionäre Organisation geworden, und besonders das Fernsehen verbreitet falsche Nachrichten und einseitige Informationen und ausgesprochen antidemokratische und antilinke Propaganda und führt Hetzkampagnen gegen die Linke. Natürlich gibt es auch Widerstand innerhalb der Fernsehanstalten, aber vorläufig ist die Fernsehpropaganda sehr reaktionär. In den Zeitungen ist die Sache bis jetzt noch interessanter. Ein großer Teil von Zeitungen, die in der Periode des Schah erschienen und die Politik des Schah propagierten, erscheinen weiter. Zum Beispiel war die Zeitung »Etclaat« vor einigen Monaten 100 Prozent für den Schah und gegen die Bewegung und gegen Khomeini eingestellt. Vor 2 1/2 Jahren war in »Etclaat« ein großer Artikel erschienen, der Khomeini und seine Familie sehr stark beschimpfte. Und dieselbe Zeitung erscheint heute weiter, gibt sich jetzt als islamische Zeitung, ohne daß auch nur der Besitzer ausgewechselt worden ist. Eine andere große Abendzeitung ist der »Kayhan«. In der Redaktion des »Kayhan« gab es zwei Fraktionen, eine progressive und eine

reaktionäre. Der Streit ist noch nicht beendet, hat aber dazu geführt, daß 20 von den progressiven Redakteuren entlassen wurden. In jedem Betrieb gibt es zwei oder drei Komitees unter verschiedenen Namen. Beim »Kayhan« existierte auch ein Komitee der Arbeiter, das sich islamisches Arbeiterkomitee nannte, in ihm waren Schriftsetzer, einfache Arbeiter, ein paar von den Angestellten und natürlich auch ein paar von den Redakteuren. Diese Organisation hat quasi einen Putsch durchgeführt. Eines Morgens wurden die Redakteure, deren Namen später bekannt wurden, vom Komitee gehindert, an ihren Arbeitsplatz zu gelangen, sie wurden aus dem Betrieb ausgeschlossen, dann ging dieses Komitee zu Khomeini, um ihm zu berichten, daß es die Zeitung bereinigt hat von diesen verdächtigen Elementen, und Khomeini hieß ihre Tat gut.

Dann bleiben da noch die Tageszeitungen. Eine der angesehensten Zeitungen ist »Ayandegan«. Die Zeitung ist sehr bekannt, nicht nur deshalb, weil man hier die ersten Nachrichten finden kann, sondern in ihr stehen gute Artikel von der oppositionellen Seite. Auch diese Zeitung hat mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen und hatte vor einigen Wochen ihre Veröffentlichung eingestellt, nachdem Khomeini bekanntgegeben hatte, daß er »Ayandegan« nicht mehr lesen würde. Dann kam sie wieder heraus, aber seitdem gilt die »Ayandegan« als gefährliche Zeitung. Und wenn man mit dieser Zeitung gesehen wird, in einen Betrieb kommt, wird man zwar noch nicht angegriffen, muß sich aber auf einige Schwierigkeiten gefaßt machen.

Frage:

»Le Monde« schreibt zu »Ayandegan«, daß, nachdem die Zeitung wieder erschienen ist, die Auflage von 250 000 auf 350 000 Exemplare gestiegen ist. Das zeigt doch, daß es eine große Masse von Menschen geben muß, die gegen die drohende religiöse Diktatur eingestellt sind.

Antwort:

»Das ist wahr! Als der Verkauf von Ayandegan in den iranischen Städten auf einige Schwierigkeiten traf, sie an Zeitungskiosken nicht mehr zu haben war, haben sich viele Leute bereit erklärt, Ayandegan freiwillig auf der Straße zu verkaufen. Ich kenne eine Familie, wo der Mann, die Frau und zwei Söhne den ganzen Tag Ayandegan verkaufen. Viele Schüler, Studenten und auch Arbeiter haben sich für Ayandegan eingesetzt, weil man mit allen Mitteln verhindern will, daß im Iran irgendein Despotismus zustandekommt. Wir haben nicht gegen den Schah-Despotismus gekämpft, um einen neuen zu bekommen, egal welcher Form und unter welchem Namen.

Es gibt noch viele andere Zeitungen, aber die sind nicht so bedeutungsvoll. Eine Reihe von bürgerlichen Zeitungen erscheinen in der alten Form. Hier sieht man, daß ein großer Teil von Zeitungen, die von bürgerlicher Seite kommen, über die Freiheit schreibt und über das Problem, daß es keine Freiheit gibt. Aber man sollte sauberlich trennen, wenn eine bürgerliche Zeitung über Freiheit schreibt und wenn eine sozialistische Zeitung über Freiheit schreibt.

Frage:

Sollten die Linken mit den pro-westlichen oder den religiösen Kräften ein Bündnis schließen? Wie können die Linken ihre Vorstellungen der Bevölkerung deutlich machen?

Antwort:

Wenn bürgerliche Zeitungen oder überhaupt bürgerliche Kreise Freiheit verlangen, meinen sie westliche Demokratie. Sie lassen völlig das Problem Eigentum beiseite. Aber hier sehe ich auch eine Gefahr: Die bürgerlichen Kreise versuchen jetzt die marxistischen Kreise zu umarmen, d. h. sie in sich aufzusaugen. Und wenn man das Problem Eigentum nicht betonen würde, würde diese Integration für die linken Kreise

Der Bevölkerung den Klassenwiderspruch erklären – die Voraussetzung für die Lösung nach vorn!

sich schlecht auswirken. Das könnte dazu führen, daß die Masse die Aktivitäten der linken Kräfte als ein ausländisches Komplott verdächtigen. Andererseits ist es auch möglich, daß die Macht der Religiösen beseitigt wird und die pro-westlichen Kräfte an die Macht kommen. Die sind genauso anti-kommunistisch wie die Religiösen. Weiter besteht die Möglichkeit, daß, wenn sich durch eine Zusammenarbeit der

bürgerlichen und der marxistischen Kräfte, die religiöse Macht bedroht fühlt, die religiöse Fraktion mit der pro-westlichen Fraktion einen Kompromiß eingeht und koalitiert. Wieder würden die linken Kräfte mit leeren Händen dastehen.

Deshalb ist es in dieser Situation sehr leichtsinnig, daß man die Forderungen von linken und bürgerlichen Kräften nicht sauberlich und deutlich trennt. Und das ist die große Gefahr. Ich sehe diese Kritik auch bezogen auf die Arbeit der demokratischen Nationalfront. Hier sehe ich einerseits natürlich die Aktivität von linken Kräften, aber auch Beeinflussung von bürgerlichen Kräften. Leider herrscht bei manchen Linken und linken Intellektuellen die meiner Meinung nach falsche Vorstellung, daß wir versuchen sollten, die Macht von Khomeini, d.h. die religiöse Macht zu schwächen oder zu beseitigen, so daß wahrscheinlich eine pro-westliche Kraft, weil es nämlich noch keine andere Kraft gibt, die Macht übernimmt. Dann, so behaupten sie, haben wir die Möglichkeit, unsere sozialistische Arbeit weiterzutreiben, Gewerkschaften zu entwickeln usw., weil sie glauben, daß die pro-westlichen Kreise ihre Versprechungen halten werden, die gegeben werden, weil sie jetzt schwach und eine Minderheit sind und deshalb mit linken Kreisen liebäugeln. Sie sagen ganz offen, wir sind bereit, mit Marxisten zusammenzuarbeiten, werden sie akzeptieren. Aber diese Versprechungen sind meines Erachtens betrügerisch und leer. Wenn die Linke diesen Fehler machen wird, dann muß sie sich nach der Machtergreifung durch die pro-westlichen Kräfte noch einmal neu organisieren, ihre Sache von Anfang an neu beginnen. Aber wenn man jetzt versuchen würde, das Problem Freiheit und das Problem Eigentum in enger Verbindung miteinander zum Ausdruck zu bringen, als taktischen Schwerpunkt zu benutzen, d. h. zur Tagespolitik zu machen, dann könnte man diese Gefahr verhindern. Diese Gefahr, von der ich jetzt gesprochen habe, ist sehr groß.

Es wäre organisatorisch und strategisch gesehen besser, wenn die progressiven Kräfte im Iran versuchen würden, eine sozialistische Front zu organisieren, um zum Ausdruck zu bringen, daß das Hauptproblem das Eigentumsproblem ist und besonders innerhalb der unterprivilegierten Schichten und Klassen zu arbeiten, welches nicht nur die Arbeiterklasse ist. Das sage ich betont, weil in den Städten die im unproduktiven Bereich Arbeitenden große Bedeutung haben. Für Arbeiter, Bauern, für alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sollen sie zum Ausdruck bringen, daß die Interessen dieser Klassen und Schichten die zentralen Interessen sind und daß man bereit ist, dafür zu kämpfen, und Demokratie hat einen Sinn, eine Bedeutung, einen Inhalt, wenn sie sich in dieser Richtung weiterentwickelt.

D. h., man muß sauberlich zwischen einer bürgerlichen und einer sozialistischen Demokratie trennen. Wenn diese Strategie verfolgt würde, d. h., wenn man solch eine Front gründen würde, kann man einerseits verhindern, daß man von

bürgerlicher Seite ausgenutzt wird. Andererseits kann man es verhindern, daß Khomeini und andere die unterprivilegierten Schichten und Klassen gegen die linke Bewegung organisieren und weiter die Propaganda treiben, daß sie ein Handlanger der bürgerlichen Kreise sind, die nur Freiheit wollen, die nur Intellektuelle seien, die bürgerliche Privilegien wollen usw.

Selbstverständlich ist die Sache schwierig, weil man unter Sozialismus vieles versteht. Aber wahrscheinlich könnte man im wirtschaftlichen Bereich sich über ein konkretes kurz- und langfristiges Programm einigen, was erreichbar ist. Und im ideologischen Bereich und anderen Bereichen könnte man eine intensive interne Diskussion führen. Diese interne Diskussion sollte gründen auf einer objektiven wissenschaftlichen Analyse der iranischen Gesellschaft, nicht auf Übertragung von Vorstellungen (die in anderen Gesellschaften 100 Prozent richtig sein mögen) auf die iranische Gesellschaft. Z. B.: in Teheran sind 85 Prozent der Arbeiter Bauarbeiter, d. h. sie sind organisiert in kleinen Gruppen oder sind ganz vereinzelt. Sie haben für wenige Tage vorübergehend Arbeit, dann trennen sie sich wieder voneinander. Da ist es unheimlich schwer, eine Gewerkschaft zu gründen. Da kann man nicht sagen, wir haben innerhalb kurzer Zeit eine Arbeiterorganisation. Es gibt tausende solcher Probleme.

Auf der anderen Seite muß man versuchen, zu verstehen, daß die iranische Gesellschaft in naher Zukunft und wahrscheinlich auch langfristig kein Ein-Parteien-System dulden wird, egal von welcher Seite es verlangt wird, von faschistischer Seite oder z. B. von einer kommunistischen Partei.

Frage:

Du meinst damit sicherlich auch, daß auch eine von dir angestrebte sozialistische Front ein Bündnis mit progressiven religiösen Kräften braucht?

Antwort:

Ja, die Mudjahedin z. B. sind ein Partner, weil sie die Durchsetzung einer sozialistischen Politik im Iran verlangen, d. h. im Wirtschaftsbereich kann man sich mit den Mudjahedin einigen. Deshalb brauchen wir nicht mit den Mudjahedin eine unsinnige Diskussion anfangen, über die Religion oder ob es Gott gibt oder nicht. Ich verlange im Gegenteil, daß keine der Gruppierungen ihre Vorstellungen willkürlich durchsetzen darf. Z. B. wenn die Mudjahedin sagen würden, diese Front soll sich zuerst zum Islam bekennen, nur dann können wir zusammenarbeiten, dann ist eine Zusammenarbeit von vornherein unmöglich.

Von der anderen Seite ist es in bezug auf die marxistische Bewegung meine Vorstellung, daß, wenn sich die marxistische Bewegung im Iran vom Leninismus befreien könnte, dann hat sie eine große Chance. Aber wenn sie in diesem Engpaß bleibt, wird das zu weiterer Isolation führen. Natürlich möchte ich hier kein Rezept angeben, ich meine das nur als Diskussionsanregung.

Dokumente:

Zur Gründung der National-Demokratischen Front Irans (NDF)

Erwartungsgemäß ist es unmittelbar nach dem Sturz des Schah-Regimes auf der politischen Ebene zur Bildung einiger neuer politischer Organisationen gekommen, oder alte bis dahin inaktive oder im Untergrund kämpfende Parteien und Gruppen haben sich neu formiert und sind auf der Oberfläche der politischen Aktivitäten sichtbar geworden. Die Zahl dieser Neugründungen und Wiederbelebungen ist aus verständlichen Gründen sehr beträchtlich. Jedoch variiert die Bedeutung und das politische Gewicht dieser Organisationen sehr. Nicht jede Gruppe, die nun den Titel einer Partei, Front, Liga etc. trägt, kann sich auf eine entsprechende Gefolgschaft, Organisation und klare politische Zielsetzung berufen. Es sind also wenige Gruppen, die ihren Anspruch mit Hinweis auf eine politische Relevanz rechtfertigen können. Zu ihnen gehört ohne Zweifel die National-Demokratische Front (NDF).

Die Konstituierung der NDF wurde am 19.3.1979 auf einer Kundgebung, an der Hunderttausende von Menschen teilnahmen und die aus Anlaß des zehnten Todestages des ehemaligen Ministerpräsidenten Irans, Dr. Mossadegh, durch die Gründungsmitglieder der NDF veranstaltet worden war, bekannt gegeben. Diesem Ereignis waren langwierige Diskussionen vorangegangen, an denen viele Kombattanten verschiedener demokratischer und kommunistischer Strömungen teilgenommen hatten. Im Laufe dieser Diskussionen wurde aus einem anfänglichen Mißbehagen über die sichtbar gewordenen absolutistischen und fortschrittsfeindlichen Tendenzen bei der Führung der Revolution klare Ansätze zur Konstatierung des allgemeinen politischen Zustandes, zur Einschätzung der drohenden Entwicklung, zur präziseren Beurteilung der vorhandenen politischen Strömungen und

Gruppierungen und zur Formulierung eingetragener Ziele und Aufgaben erarbeitet. Einige dieser Überlegungen können im folgenden kurz wiedergegeben werden:

Mit dem Sturz des Schah-Regimes kann die Herstellung demokratischer und vom Imperialismus unabhängiger Verhältnisse im Iran keineswegs als sichergestellt betrachtet werden.

Die bei der Führung der Revolution herrschenden Interessen und Ideologien geben keinen Anlaß zu der Hoffnung, daß im Iran nach so langer Willkürherrschaft die Einhaltung der politischen Freiheiten und die Anerkennung der demokratischen Rechte der Menschen Einkehr finden werden. Im Gegenteil deutet alles darauf hin, daß das von der Despotie seit Jahrtausenden geplagte iranische Volk nun bald mit einer neuen Auflage des alten Absolutismus zu tun haben wird.

Von den bestehenden demokratischen und kommunistischen Organisationen ist keine allein in der Lage, einen erfolg versprechenden Kampf gegen diese Entwicklung zu führen. Um die Wiederherstellung diktatorischer — und im Iran notwendigerweise abhängiger Verhältnisse — zu bekämpfen, müssen sich alle diese Kräfte und Organisationen im Rahmen einer demokratisch-antiimperialistischen Front auf ein Programm der radikalen Demokratie und nationaler Emanzipation einigen und mit vereinter Kraft den Kampf gegen die drohende Diktatur führen.

In diesem Kampf geht es um eine sozial konzipierte, antiimperialistisch verstandene radikale Demokratie. Sie ist sowohl an sich als auch als Voraussetzung für jeden weiteren Schritt bis hin zur Gründung einer sozialen, von jeder Form der Ausbeutung entlasteten Gesellschaft ein unabdingbares Ziel, das um des Fortschritts und der Emanzipation Willen nie aus den Augen gelassen werden darf.

Auf diesen und ähnlichen Überlegungen basiert die Gründung der NDF. Sie hat seit ihrer Entstehung sowohl bei der Bevölkerung als auch bei vielen politischen Organisationen starke Zustimmung gefunden. An ihren Massenaktionen nehmen Hunderttausende von Menschen teil (beispielsweise die Demonstration vom 5. August, deren Teilnehmerzahl mit zwischen Fünfhundert- bis Siebenhunderttausend angegeben worden ist). Die Organisationen der Volksfedayin und Volksmudjahedin haben bei der Gründung in Großadressen die Notwendigkeit des Bestehens der NDF betont und seither viele gemeinsame Aktionen mit ihr durchgeführt. Einige Organisationen schlossen sich der NDF an oder verhandeln noch über ihren Anschluß.

Mit Unterdrückung jeder oppositionellen Aktivität und mit dem praktischen Verbot aller oppositionellen Publikationen seitens des neuen Regimes ist auch die NDF in eine neue vorausgesehene Phase ihres Kampfes getreten. Es geht nun darum, sich organisatorisch auf die neue Situation einzustellen und den Kampf um Demokratie und nationale Befreiung unter neuen Bedingungen fortzusetzen.

Zum Charakter der NDF

Der Kampf gegen die Selbstherrschaft, der einer der Grundsätze und der Gründe für die Existenz der NDF ist, macht es erforderlich, daß die »Front« einen demokratischen Charakter besitzt. Dieser demokratische Charakter zeigt sich nach außen in dem Kampf, den die »Front« gegen die Wurzeln des Absolutismus und seine politischen und kulturellen Folgen in der Gesellschaft führt. Die demokratischen Forderungen der »Front« nach der Art der Durchführung des Referendums, der Zusammensetzung des »Revolutionsrates«, der Vorbereitung der neuen Verfassung unter Beteiligung aller fortschrittlichen und revolutionären Klassen und Schichten, nach Anerkennung der Räte, der Sicherung individueller und öffentlicher Freiheiten, nach dem Aufbau einer Volksarmee, der Bekämpfung jeder Rassendiskriminierung, nach Anerkennung der Autonomierechte der iranischen Völker zur Bewahrung der Einheit des Landes, nach der vollständigen Abschaffung der Zensur in den Kommunikationsmitteln rechtfertigen den demokratischen Kampf der »Front«. Die »Front« wird versuchen, mit ihrer Forderung nach Herrschaft

Aus einer Erklärung der National-Demokratischen Front Irans, der unser Interviewpartner angehört:

Köln, den 13. 8. 1979

PRESSEERKLÄRUNG

Nach einer Reihe von Konferenzen hat der Kongreß der iranischen Nationalfront in Europa vom 10.—13. August 1979 in Köln stattgefunden.

Die Kongreß-Teilnehmer waren die Mitglieder der iranischen Nationalfront in Europa (Frankreich, Schweden, Österreich, BRD), die in den letzten 20 Jahren gegen die Pahlavi-Dynastie gekämpft hatten. Die wesentlichsten Beschlüsse dieses Kongresses lauten:

1. Verteidigung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Unverletzbarkeit.
2. Kampf gegen jede Form des Imperialismus
3. Kampf gegen die Überbleibsel der gestürzten Monarchie
4. Verteidigung der politischen Freiheiten (Pressefreiheit), Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit usw.
5. Unterstützung der Forderungen der iranischen Werktätigen
6. Verteidigung der Menschenrechtsdeklaration
7. Kampf für die Durchsetzung der Gleichberechtigung für Frau und Mann
8. Kampf gegen jegliche Art von Diktatur und Einparteiensystem
9. Förderung und Beibehaltung der iranischen Kultur, Kunst und Tradition
10. Respekt vor dem Islam und anderen Religionen
11. Kampf zur Entstehung des Sozialismus auf der Basis des Räteystems und der Selbständigkeit

Das Exekutivkomitee der
I.N.F. in Europa

der Bevölkerung, mit der sie selbst über ihr Schicksal bestimmen kann, und mit ihrem Kampf diese Forderungen durchzusetzen und die demokratischen Grundlagen zu stärken, um somit die Errungenschaften der großen iranischen Volksrevolution zu schützen.

Auch nach »Innen« muß die »Front« einen demokratischen Charakter besitzen. Das unmittelbare Betätigungsfeld für eine demokratische Organisation besteht in der Einhaltung demokratischer Grundsätze in ihrem organisatorischen Aufbau sowie in ihren Beziehungen untereinander. Daran wird zu messen sein, in wie weit die erklärten demokratischen Ziele eingehalten werden. Keine Organisation ist imstande, in der Gesellschaft für Demokratie zu kämpfen, wenn in ihrem Innern undemokratisch verfahren wird, genauso wie ein Mann, der in seiner Familie Frau und Kinder unterdrückt, nicht für Gleichberechtigung von Mann und Frau eintreten kann. Nur diejenige Organisation ist in ihrem Kampf für Demokratie glaubwürdig, die in ihrem Innern selbst demokratische Verhältnisse aufweist. Aus diesem Grund wird die NDF alles tun, um unter Berücksichtigung der Meinungen und Erfahrungen von verbündeten und vereinigten Organisationen und Personen und auch unter Benutzung der internationalen Erfahrungen und Errungenschaften auf diesem Gebiet so bald wie möglich den Aufbau einer echten demokratischen Organisation zu verwirklichen.

Erklärungen der Volksfedayin:

Auf dem derzeitigen Höhepunkt des antiimperialistischen Kampfes der Volksmassen im IRAN werden die Imperialisten und die iranische Bourgeoisie in die Enge getrieben!!!

Nach einiger Zeit der Unterdrückung und des Terrors in den letzten Monaten werden durch die aufgeregten Volksmassen im revolutionären Zorn wieder Parolen laut, wie *«Nieder mit Amerika», «Nieder mit Israel»*.

Durch die revolutionären Volksmassen in Teheran und in anderen Städten des Landes werden diese Parolen auf Demonstrationen und Kundgebungen gerufen.

Entgegen den Bemühungen der Bazargan-Regierung, die darauf ausgerichtet ist, den revolutionären und antiimperialistischen Kampf, der auch den Abbruch der Beziehungen zum US-Imperialismus forderte, zu unterdrücken, setzte sich eine neue Kampfbereitschaft durch. Die revolutionäre Bewegung im Iran erreicht derzeit einen neuen Aufschwung und sagt dem US-Imperialismus und der bürgerlichen Bazargan-Regierung den totalen Kampf an, obwohl sie gegenüber dem verbrecherischen und ausbeuterischen US-Imperialismus und der iranischen Regierung, die nicht die Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen vertritt, Niederlagen hinnehmen mußte.

Die Handlanger des US-Imperialismus, an der Spitze Tschamran (Verteidigungsminister) und seine Teilhaber in der Armee, arbeiten eng mit Amerika und dem imperialistischen Israel zusammen. 9 Monate nach dem Aufstand der Volksmassen wurde durch die Bazargan-Regierung und die iranische Bourgeoisie wieder Versuche unternommen, um die Volksmassen zu unterdrücken und zu betrügen.

Seit 9 Monaten ist kein Tag vergangen, an dem die Regierung und ihre Verbrecherbande nicht versuchte, durch Heimtücke und Greuelthaten das Volk zu unterdrücken und die eigene Herrschaft und die der Bourgeoisie zu festigen.

Dies zu einem Zeitpunkt, als Tag für Tag der gerechte Kampf gegen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und gegen die Unterdrückung durch den Welt-Imperialismus, an der Spitze Amerika, stattfand.

Millionen waren auf die Straße gekommen, und ihr revolutionärer Zorn verurteilte Amerika und besetzte das Konsulat, um die Auslieferung des Henkerschahs zu erzwingen. Während dieser Zeit traf sich die Tschamran-Bande und Bazargan auf einer Algerien-Reise mit Brjineski, den Initiator für die Beraubung der Völker der Welt und planten die Beibehaltung und Erweiterung der amerikanischen Interessen gegen das iranische Volk.

Das iranische Volk kennt jetzt das wahre Gesicht der Bazargan-Regierung und weiß, welche Abmachungen hinter den Kulissen während der Einreise des Schahs in die USA und dem Zusammentreffen von Bazargan und Brjineski in Algerien stattfanden.

Das Kurdenproblem und der Widerstand des kurdischen Volkes hat viele Realitäten klargestellt, wie das wahre Gesicht Tschamrans, der dem kurdischen Volk einen nichtgewollten Krieg gebracht hat, den er jahrelang in Dienerschaft mit dem Imperialismus und Israel gelernt hat. Tschamran versucht mit seinem Wolfscharakter immer hinter den Kulissen zu bleiben.

Er hatte zunächst die Milizengarde zustande gebracht und sich an deren Spitze gestellt. Er nutzte die Unwissenheit und den katastrophalen Zustand der Milizen für das eigene Interesse und brachte dadurch viele blutige Massaker zustande, wie in Kurdistan und Ansali und anderen Städten.

Als er zur Armeespitze wechselte, brachte er die Verbrechen der Volksmilizen an die Öffentlichkeit, um für seine Armee ein neues Gesicht zu bekommen und die verbrecherische Vergangenheit der Armee zu decken. Er konnte einen teilweisen Erfolg verbuchen, weil einige opportunistische Kräfte manipuliert wurden und Parolen ausgaben, wie *«Armeeangehörige sind unsere Brüder», «Milizen unsere Feinde»*.

Die Aufmerksamkeit und Wachsamkeit des Volkes lassen die weitere Verwirklichung dieser Verschwörung nicht mehr zu.

Die Arbeiter und die übrigen Werktätigen haben frühzeitig festgestellt, daß die reaktionäre Schicht und ihre militanten Elemente, die vom Kapital bevorzugte Regierung und ihre Armee **keineswegs ernsthafte Schläge gegen den US-Imperialismus** führen wollen.

Stattdessen versuchen sie wo sie nur können, die Volksbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte zu vernichten.

Die Völker fordern die Abschaffung der Hegemonie und des Jochs des US-Imperialismus und völlige Befreiung des iranischen Volkes. Die Arbeiter und Werktätigen sehen keinen Widerspruch zwischen ihrer Forderung und den Forderungen des kurdischen Volkes, weil die Vernichtung der nationalen Knechtung und die Gewährung der Autonomie für das kurdische Volk eine Niederlage der ausbeuterischen Regierung und des Imperialismus zur Folge hat.

Dies enthält das Interesse der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten und Klassen, die im Iran unterdrückt werden.

Die letzten antiimperialistischen Protestmärsche des iranischen Volkes bis hin zur Besetzung des US-Konsulats, das Netz der CIA-Agenten und die Verhaftung von 100 amerikanischen Söldnern zeigen, daß die Verschwörung der Reaktionäre und der Handlanger des Kapitalismus die Volksbewegung nicht aufhalten können.

Nicht verheimlicht werden konnte, daß der US-Imperialismus seine Basis im Iran hat und seine Versuche zur Ausnutzung der Gefühle der Völker gegen die Völker, gegen das kurdische Volk, gegen die wirkliche Demokratie, gegen elementarische Forderungen der Massen nach Befreiung von kapitalistischer Abhängigkeit auszuspielen, fehlschlagen; von Tag zu Tag sind Niederlagen der Reaktionäre und der Imperialisten zu verzeichnen.

Diese ständige Niederlage ist offensichtlich, da Tschamran, der Diener der Imperialisten und Israels, in Panik Hilfe bei seinem Herrn Brjineski sucht und andererseits der reaktionären Schicht, die sich im Expertenausschuß trifft, nun einfällt, so eine demokratische und antiimperialistische Bewegung zu unterstützen.

Wir wollen hier betonen, daß die Protestmärsche und die Besetzung des US-imperialistischen Verschwörungsnetzes des CIA in bezug auf Zufluchtsgewährung des Henkerschahs eine **antiimperialistische Maßnahme** ist, die dem Willen aller revolutionären Kräfte entspricht, sich aber nicht als der antiimperialistische Kampf eines unterdrückten Volkes im Kampf um die Auslieferung des Schahs etablieren darf.

Für die Arbeiterklasse und die anderen Volksschichten ist es **wichtiger, die wirtschaftliche Herrschaft des US-Imperialismus** und seiner einheimischen Handlanger zu vernichten.

Der Kampf der Unterdrückten zur Erlangung der Macht der Arbeiterklasse, der Nationalisierung des Kapitals und der Vernichtung hegemonialer Verbindungen im Bereich Wirtschaft, Politik und Kultur und anderen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens geht weiter.

Unser Volk sieht die Imperialisten und ihre Basis, d. h. die iranische Bourgeoisie, als Hauptfeind, bis zur Vernichtung ihrer Herrschaft geht dieser demokratische Akt: antiimperialistischer Kampf bis zur Erlangung eines freien demokratischen Irans, weiter.

Die Organisation der Volks-Fedayin erwartet von seinen Sympathisanten und von allen revolutionären Kräften ihre aktive Unterstützung und wirksame Teilnahme an Protesten, um das wahre Gesicht des amerikanischen Imperialismus und seine Basis zu entlarven und einen Schritt weiter im demokratischen Kampf des iranischen Volkes gegen den US-Imperialismus zu kommen.

Pflicht der revolutionären Kräfte und fortschrittlichen Elemente ist, mit Aufmerksamkeit die Pläne der reaktionären Schicht, die die immer schärferen Angriffe der Volksmassen zu verhindern sucht, zu verfolgen und Versuche von Umorientierung der Massenbewegung durch den Imperialismus und die Bourgeoisie zu verhindern, damit die nicht informierten Elemente, die durch reaktionäre Kräfte provoziert werden, die demokratische und antiimperialistische Richtung der Bewegung nicht ändern und zu einer reaktionären und undemokratischen Bewegung bringen.

Schah. Einem Haß, der durch die politische und wirtschaftliche Misere zu erklären ist. Die Geistlichkeit gab die Parole »Islamische Republik« als einzigen Retter und »Erlöser« der Masse an, ohne inhaltlich etwas ausgesagt zu haben. (Das »Prinzip 110« in der Verfassung gibt dem über allen Gremien stehenden religiösen Führer des Landes uneingeschränkte Macht über die Besetzung aller wichtigen Positionen im Land. Unter anderem kann der »Iman« einen mit vollem Veto-Recht ausgestatteten religiösen Kontrollrat für das »Parlament« ernennen, die höchsten Richter im Lande benennen und alle Schlüsselpositionen in Armee und in den Revolutionsgarden besetzen.) Die Verschleierung hatte die Funktion, die an der Bewegung beteiligten Kräfte und ihr Interesse auf die Islamische Republik zu lenken.

Die Liberalen, d.h. jene Teile der Bourgeoisie, die die diktatorischen Maßnahmen des Schahs in Widerspruch zu ihrer ausbeuterischen Aktion sahen und Anträge an »seine Majestät« stellten, versuchten nach Ausbreitung der Bewegung die Parole »die islamische Republik« zu ihrem eigenen Interesse zu artikulieren und auszunutzen. Diejenigen, die lange Zeit den Schah eine Rebellion fürchten ließen, um dadurch neue Privilegien zu erzwingen, reagierten aber mit neuen Aktionen. Sie versuchten, die religiösen Schichten vor dem Ausmaß der Massenbewegung und der kommunistischen Bewegung zu warnen und sich als Spezialisten zur Realisierung der »Islamischen Republik« zu zeigen, um dadurch an die Macht zu kommen. Die Liberalen waren von der Ausbreitung der Bewegung erschreckt, da sie sich nicht in der Lage befanden, die Bewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen. Andererseits wollten sie mit allen Mitteln aus der Bewegung für sich profitieren, um an die Macht zu kommen, indem sie sich wie traditionelle Moslems kleideten und mit ihrem Schriftwechsel und ihren Flugblättern, die sie mit den Worten »Im Namen des Gottes« begannen, versuchten, an die Masse heranzukommen.

Die Geistlichkeit war von den Dimensionen der Bewegung und der Revolte der Massen erschreckt und strebte vor dem Aufstand danach, die Revolte unter ihre Kontrolle zu bringen. Dazu nutzten sie die Komplizenschaft der Liberalen, weil diese die bequemsten Partner für die Geistlichkeit sein konnten.

Der antiimperialistische Kampf war das Ziel der ausgebeuteten Massenbewegung. Die religiöse Schicht, die mit der unnachgiebigen Haltung gegenüber dem Schah das Vertrauen des Volkes gewonnen hatte, versuchte dadurch, ihre Kompromißbereitschaft gegenüber dem Imperialismus, d.h. die Beibehaltung des abhängigen kapitalistischen Systems zu verdecken.

Mit der Versöhnungspolitik hat die religiöse Herrschaft die Massenbewegung unter ihre Kontrolle bringen wollen. Eine Forderung unseres Volksaufstands war die Abschaffung der diktatorischen Herrschaft und Schaffung politischer Freiheiten und Realisierung der demokratischen Rechte. Diese antiimperialistischen und antidiktatorischen Forderungen sind nicht voneinander zu trennen, und die Kompromißbereiten Machthaber können ihnen nicht ausweichen. Deshalb kommt es zu inneren Spaltungen und Flügelkämpfen unter den Machthabern...

Es ist wichtig zu analysieren, weshalb Khomeiny Basargan zum Ministerpräsidenten einsetzte und ihn dann fallen ließ. Die inneren Widersprüche der Machthaber basieren auf drei Achsen in der Politik. Erstens die Beschwichtigungspolitik der Geistlichkeit, die auf der Kleinbourgeoisie mit ihrer Produktion auf mittelfrühkapitalistischer Produktionsweise basiert. Zweitens die liberale Politik, die kapitalistische, nicht monopolistische Politik vertritt. Drittens die Politik der monopolistischen Abhängigkeit vom Auslandskapital, die sich hinter der reaktionären Schicht der Geistlichkeit versteckt und jeden Befehl der Geistlichkeit zur Unterdrückung des Volkes und Rettung des Systems ausführt, die Belebung der Unterdrückungsorgane des Terrors und die Elemente des alten Regimes aktiviert, diese Organe an sich reißt und alte Elemente des Kapitalismus wieder aufleben läßt.

Der monopolistische Kapitalismus mußte während der Bewegung einige Niederlagen hinnehmen. Jetzt, wie üblich, versucht sie nicht durch die Herrschenden oder eigene Parteien oder Organisationen ihre Vorhaben durchzusetzen, sondern durch komplizierte Taktiken. Die Elemente der



monopolistischen Politik sind äußerlich so mit der reaktionären Geistlichkeit verflochten, daß sie nicht voneinander zu unterscheiden sind. Um sie zu erkennen, sollte die Wahrnehmung der Politik der monopolistischen Handlungen zugrundegelegt werden.

Sie sind für die Zentralisierung der Macht, um mit nackter Gewalt das Land zu regieren und die Unterdrückungsorgane des alten Regimes ins Leben zu rufen, um für ihre Pläne in Zukunft vorbereitet zu sein. Sie sind die Feinde der politischen Freiheiten und durch ihre Aufmunterung, sei es auf religiöser Basis oder durch Manipulation, organisieren sie »Schwarze Banden«, die mit allen Mitteln die Unterdrückung und Vernichtung der revolutionären Kräfte, Auflösung der fortschrittlichen Massenmedien, revolutionäre Organisationen und fortschrittliche Massenbewegungen übernehmen.

...Für dieses Ziel ist die reaktionäre Geistlichkeit ein guter Zwischenstützpunkt. Mit der Wahrnehmung dieser Politik kann die Modalität und das wahre Gesicht der Tschamran-Bande (jetziger Verteidigungsminister und früherer Milizenchef und Hauptverantwortlicher des Massakers in Tal-el-Saatar), Ghotzadeh (Außenminister) und Jasdi (ehemaliger Außenminister)... erkannt und analysiert werden. Obwohl die Politik der liberalen Bourgeoisie nicht das gleiche ist, wie die Politik der Monopolisten, aber auch sie die Befestigung des Systems der kapitalistischen Abhängigkeit zum Ziel hat, folgt notwendigerweise eine Dienerschaft mit der Abhängigkeit des monopolistischen Imperialismus.

Basargan als eingesetzter Präsident bemühte sich Schritt für Schritt darum, eine Politik der liberalen Bourgeoisie durchzusetzen. Festzustellen ist, daß Basargan für das Interesse der liberalen Bourgeoisie und die Normalisierung des Zustandes gegenüber der religiösen Geistlichkeit (die ein Kalifsystem im Kopf — daher fantasierten) eine kontraste Politik durchgeführt hat. Gleichzeitig standen die Vertreter der Bourgeoisie innerhalb der Regierung hinter ihm.

Die Widersprüche innerhalb der beiden Flügel waren von vornherein vorhanden, aber bei Durchführung des Referen-

dums für die »Islamische Republik« waren sie äußerlich einig. Diese Einigkeit dauerte nicht lange, d. h. bei der Wahl für die Expertenversammlung wurde es offenbar. Als die religiöse Geistlichkeit mit dem Ziel der Unterdrückung der Bewegung der gerechten Forderungen des kurdischen Volkes nach Kurdistan einmarschierte, entstand eine politische günstige Atmosphäre, die der religiösen Geistlichkeit die Möglichkeit gab, die Oberbefehlshaber aller Streitkräfte und die Zusammenstellung der Verfassung zu monopolisieren.

In dieser Zeit war es Tschamran, der die Waffen des Imperialismus schärfte, nämlich das Militär. Jetzt wächst noch einmal der Widerspruch der religiösen Geistlichkeit, noch einmal wird die kleine Bewegung der Liberalen zur Machtergreifung gezähmt.

Aufgrund dieser Widersprüche und des wachsenden Widerspruchs zwischen den Machthabern und den vorhandenen Realitäten werden alle ihre Pläne wie z. B. bei der Wirtschaftsmisere, die sie nicht bewältigen konnten, die sie im Gegenteil sogar verschlimmerten, fehlschlagen.

Die religiöse Geistlichkeit kann aufgrund ihrer Natur nicht einen gezielten Plan für die Regierung einer kapitalistisch abhängigen Gesellschaft oder die Abschaffung der jetzigen Prinzipien erarbeiten. Die religiöse Geistlichkeit hat behutsam die Liberalen in die Regierung eingestellt, um damit ihre Schwäche ausgleichen zu können. Aufgrund ihrer Schwäche bemühten sie sich mit traditioneller Ergebenheit und Propagandakampagnen, die Beziehungen zwischen Khomeiny und dem Volk zu verstärken und die Liberalen zur Durchführung der Herrschaft auszunutzen.

Obwohl sie gestehen, daß Basargan nicht ihr idealer Mann ist, stellen sie notgedrungen fest, daß die religiöse Geistlichkeit ohne die Liberalen in einer kapitalistisch abhängigen Gesellschaft keine reale Regierung zustande bringen kann. Deshalb haben sie die Liberalen, die die mobilisierten Volkskräfte hinter sich hatten, an die Zügel genommen, um auch darüber deren Machtbesessenheit kontrollieren zu können.

Der Kampf zwischen Basargan und der Geistlichkeit, sein Sturz und seine Einsetzung in den Revolutionsrat zeigen, daß die Geistlichkeit einerseits »noch« die Oberhand besitzt, aber andererseits Furcht vor den Liberalen hat und abhängig von ihnen ist. Die Geistlichkeit ist machtlos gegen die durch eigene Unfähigkeit entstandene Krise und ist nicht allein in der Lage, ein abhängiges kapitalistisches System zu regieren. Außerdem wird die Lage durch ihre teilweise Zerstörung von monopolistischen Sektoren (sie entstanden nach der Abschaffung der Pahlawie-Despotie) verschlechtert. Die Geistlichkeit versucht mit Hilfe der Liberalen diese Auswirkungen zu mildern. Das ist das Hauptmotiv der Geistlichkeit, aus Angst und Hoffnung auf Basargan zu setzen, ihn einzusetzen, zu stürzen und wiederum in den Revolutionsrat aufzunehmen. Solche Spielereien werden wir oft erleben. Im Augenblick bemüht sich die Geistlichkeit, die Zügelpolitik und die Einschüchterungspolitik an den Liberalen zu betreiben, um so ihre eigene Unfähigkeit zu verdecken und ihre Glaubwürdigkeit bei den Massen nicht zu verlieren.

Die Eroberung des amerikanischen Konsulats und die Stellung der unterschiedlichen Kräfte dazu

Wenn in den Tagen vor dem Aufstand die Interpretation der Geistlichkeit unter Parolen wie »Nieder mit dem Schah« und die Interpretation der Werktätigen unter Parolen wie »Nieder mit dem Schah« grundsätzlich die Bewegung hinter sich hatte, so haben ihre heutigen anti-amerikanischen Züge keineswegs Ähnlichkeit mit Inhalt und Richtung des anti-imperialistischen Kampfes der Arbeiter und Werktätigen. Die Geistlichkeit setzte nur eine kontrollierte anti-imperialistische Welle in Gang, um die Kräfte des Volkes in ihrem Dienste gebrauchen zu können. Es ging Ihnen nicht um eine ausgedehnte Welle, die die Beseitigung jeglicher Abhängigkeit vom Imperialis-



Kulturelles Plakat der Fedayin



Arbeiter vereint Euch!

mus, d. h. die Abschaffung des kapitalistischen abhängigen Systems auszulösen. Gleichzeitig haben sie erreicht, die Liberalen einzuschüchtern und den Revolutionsrat zu festigen.

Warum machen die Machthaber nach der Eroberung des amerikanischen Konsulats nicht einen Schritt vorwärts auf die Abschaffung jeglicher wirtschaftlicher, politischer, kultureller und militärischer Beziehungen zum amerikanischen Imperialismus?

Warum fürchten sie die Ausbreitung der anti-imperialistischen Bewegung?

Warum geben sie sich mit einem Kratzer auf dem Gesicht des Imperialismus zufrieden, anstatt ihn in die Knie zu zwingen?

Antwort auf alle diese Fragen ist in der Modalität des Klasseninteresses der Geistlichkeit verborgen. Die Bevölkerung unseres Landes fordert die Abschaffung jeglicher politischer, wirtschaftlicher, militärischer und kultureller Abhängigkeit vom amerikanischen und dem Weltimperialismus. Durch den demokratischen und anti-imperialistischen Kampf wollen die Völker unseres Landes die Herrschaft des Imperialismus und das kapitalistische Abhängigkeitssystem beseitigen. Dies ist nur möglich unter der Führung der Arbeiterklasse und der Werktätigen.

In der heutigen Zeit kann der Kampf gegen den Imperialismus nicht ohne den Kampf gegen das abhängige kapitalistische System stattfinden. Die Geistlichkeit ist nicht in der Lage, diesen Kampf zu führen. Die Geistlichkeit ist jedoch nur zu einem oberflächlich-kontrollierten Kampf im Rahmen der »Welajate faghi« bereit. Die Geistlichkeit hat Angst vor der Teilnahme der revolutionären Demokraten, insbesondere vor wahren Sympathisanten der Arbeiterklasse, d. h. den Kommunisten an dieser Bewegung. ..

Nach ihrer Meinung ist jemand, der mutig sagen würde, daß das Theater in der Expertenversammlung lächerlich ist, daß ein hungriger Bauch Brot braucht, jemand, der den Kampf gegen Imperialismus und für demokratische Rechte des Volkes akzeptiert, jemand, der die freie Tätigkeit der revolutionären Organisationen für notwendig erachtet, jemand, der von der Knechtung des Volkes und der doppelten Knechtung der Völker spricht, kurz gesagt, alle die, die so etwas sagen, die einem Satz oder einem ausgesprochenen Wort etwas hinzufügen oder die etwas weglassen, sind für die religiöse Geistlichkeit Verschwörer, Teufel, Provokateure, sind gehässig.

Die Geistlichkeit sagt, nur was wir sagen ist revolutionär, nur das aus dem Munde einiger »Experten«, die im »Parlament« sind, gilt, sonst nichts.

Kurz gesagt, die Geistlichkeit mit ihrem inneren Zerfall will durch die Mobilisierung der Masse einen bequemen Kampf ohne Kummer mit den Imperialisten zu ihren Gunsten durchführen, um dann die ganze Macht an sich zu reißen.

Übersetzt aus Kar (Zeitung der Organisation der Volks-Fedayin) Iran, Montag, den 12. 11. 1979.

Besprechung des Buches:

IRAN – neue Diktatur oder Frühling der Freiheit?

„Geliebt sei der Frühling der Freiheit“ ist auf einer Kinderzeichnung aus Teheran zu lesen, die das Titelbild dieses Buches von Annemarie Stern abgibt. Es besteht aus »30 Interviews mit der Opposition«, die von der Herausgeberin während einer Iran-Reise im Juli/August 1979, ein halbes Jahr nach dem bewaffneten Aufstand, gemacht wurden: Interviews mit Angehörigen und Vertretern nationaler Minderheiten, mit Mitgliedern und Vertretern von Frauenorganisationen, von Berufs- und Basisorganisationen, sowie von politischen Organisationen.

Damit liegt uns eine anschauliche und aus dem Leben gegriffene Dokumentation vor, die einen vielseitigen Einblick in die geschichtliche Entwicklung, in die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Probleme, sowie in das Denken und die Anschauungen verschiedenster Menschen und Menschengruppen erlaubt; Menschen, die kritisch eingestellt sind zu den bisherigen Ergebnissen der iranischen Revolution und die gegen die Errichtung einer neuen »Diktatur im Namen des Islam« anzukämpfen haben.

Ich will nun einige der mir am wichtigsten erscheinenden Problemkreise kurz anreißen, zu denen wir uns aufgrund der westdeutschen Presseberichterstattung bisher kaum ein Bild machen, geschweige denn ein Urteil erlauben können, und wo das vorliegende Buch einen Teil dieser Lücken füllt.

Zunächst zu den Autonomiebestrebungen und Autonomievorstellungen der Kurden ein Auszug aus einem Interview mit einem kurdischen Bauern, in dem einige konkrete Ursachen für das historisch gewachsene Mißtrauen der Kurden und ihre Ablehnung der »zentralen Regierung« angedeutet werden:

Frage: Nun etwas anderes. Was ist Ihre Meinung über die Autonomie der Kurden?

Bauer: Wissen Sie, ich bin ein Bauer und habe wenig Ahnung von Politik. Ich meine aber, daß die Autonomie der Kurden der Einheit Irans gar nicht schadet. Wie gesagt, ich verstehe nichts von Politik, aber die zentrale Regierung hat uns immer auf dem Trockenen sitzen lassen. Es war so, als ob wir nicht zum iranischen Volk gehören. Kurdistan ist ein schönes Land, hat fruchtbare Äcker, grüne Weiden. Aber nirgendwo ist investiert worden, nirgendwo ist die Landwirtschaft und die Viehzucht vorangekommen. Im Gegenteil, überall hat man versucht, unsere Wirtschaft kaputt zu machen. Früher waren die Weiden in der Hand von Bauern. Die Bauern haben sie gepflegt und bewässert. Seit sie vor einigen Jahren verstaatlicht wurden, verkommen sie, und die Viehzucht ist vor die Hunde gegangen.

Die Stadt Mahabad ist so groß, ihre Einwohner sind so intelligent und anständig. Sehen Sie da eine Fabrik, die entstanden ist, eine Hochschule oder technische Einrichtungen? Keine Spur! Sie haben uns nur ein Silo gebaut, und das ist leer!

Autonomie! Das heißt, daß wir über unser Gebiet selbst verfügen und versuchen, es aufzubauen. Das heißt, daß wir materiell und geistig frei sind, auf eigenen Füßen stehen und dadurch dem Iran, dem ganzen Land mehr dienen.

Frage: Wissen Sie, daß in dem Verfassungsentwurf bezüglich der Autonomie nur von der Sprach- und Religionsfreiheit die Rede ist?

Bauer: Ich weiß wenig über den Verfassungsentwurf. Ich weiß aber, daß der Autonomieentwurf, den die Kurden vorgelegt haben, nicht akzeptiert wurde. Das ist keine Revolution. Eine wirkliche Revolution stellt die Menschen zufrieden.

Frage: Was wird, wenn dieser Verfassungsentwurf durchkommt und offizielle Verfassung des Iran wird?

Bauer: Dann wird die Zahl der Unzufriedenen zunehmen«

Zum selben Thema der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), Ghassemlou:

Frage: Wir würden gern Genaueres über die Lage der Kurden erfahren. Wie war die Situation unter dem Schah-Regime, welche besonderen Benachteiligungen haben die Kurden erfahren?

Ghassemlou: Alle waren unter dem Schah-Regime unterdrückt, aber die Kurden waren zweifach unterdrückt. Zum einen hatten sie nicht die demokratischen Rechte und Freiheiten, z.B. Presse- und Redefreiheit, Freiheit der Parteibildung – wie alle Iraner. Zum anderen haben sie eine spezielle nationale Unterdrückung erfahren, in dem Sinne, daß sie ihre Sprache nicht sprechen durften, ihre Kultur nicht entfalten durften und sie hatten als Volk nicht das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Deshalb lebte das kurdische Volk unter dem Schah-Regime in einem zweifachen Gefängnis.

Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gehört Iranisch-Kurdistan zu den am meisten zurückgebliebenen Gebieten Irans, obwohl es von den natürlichen Ressourcen her besonders gute Voraussetzung hat. Wenn Sie die Reise nach Kurdistan machen, werden Sie sehen, welch ein Unterschied es ist, ob man von Teheran nach Qom fährt oder von Teheran nach Kurdistan, schon von den Naturbedingungen, von der Landwirtschaft her.

Trotz alledem ist die Mehrheit des kurdischen Volkes sehr arm und sehr benachteiligt. Von den großen industriellen und sonstigen Projekten, mit denen unter dem Schah-Regime im Iran begonnen wurde, ist kein einziges in Kurdistan errichtet worden.

Der politische und wirtschaftliche Druck hatte natürlich zur Folge, daß politischer Kampf und Widerstand erzeugt wurde. Deshalb wurden unter dem Schah-Regime tausende Kurden in die Gefängnisse geworfen oder ermordet. Viele wurden auf Demonstrationen umgebracht. Viele wurden außerdem während der bewaffneten Aufstände und Kämpfe getötet, die sich mehrere Male in Kurdistan wiederholt haben.«

Warum gerade die Kurden im Kampf der nationalen Minderheiten um Autonomie an der Spitze stehen, erläutert ein anderes Mitglied des Zentralkomitees der DPK:

Frage: Als die Armee im Dezember 1946 in Aserbeidschan einmarschierte, richtete sie ein Blutbad unter der Bevölkerung an. Wie war das in Kurdistan?

Bulurian: Es gab und gibt Unterschiede im nationalen Kampf in Kurdistan und in Aserbeidschan, weil Teile der Aserbeidschaner sowohl unter dem Schah-Regime als auch unter anderen Regierungen am Herrschaftsapparat beteiligt wurden. In der Polizei, in der Gendarmerie, unter den Soldaten und Offizieren, unter den Angestellten der staatlichen Büros gab es Aserbeidschaner. Diese gewisse Integration führte dazu, daß die Aserbeidschaner die nationale Unterdrückung weniger fühlten als die Kurden, die am Staatsapparat überhaupt nicht beteiligt wurden.

Da die Kurden eine lange Tradition im nationalen Kampf besitzen – sie haben ständig gekämpft, den Partisanenkrieg geführt und viele Opfer gebracht, haben sie sehr feste Standpunkte und stärkere nationale Emotionen.«

Über den Weg zur Lösung der nationalen Frage gibt es im wesentlichen zwei Auffassungen. Diese sind in dem Buch durch Interviews mit einem Sprecher der Volksfedayin und einem Sprecher der DPK dokumentiert. Hier einige zentrale Teile daraus:

»**Volksfedayin:** Für uns löst sich die nationale Frage nur im Zusammenhang mit der Klassenfrage, was an die Macht kommen soll, soll nicht etwas Kurdisches sein, sondern die Arbeiter. Wir sind in Kurdistan mit Kräften konfrontiert, die in erster Linie davon ausgehen, daß sie Kurden sind, aber das ist nicht unsere Sicht. Die nationale Frage halten wir nicht für die wichtigste. Der hauptsächlichste Widerspruch ist der zwischen dem Volk und dem Imperialismus. Die nationalen Fragen können nicht ohne den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus gelöst werden.

Wir kämpfen jetzt bewaffnet gegen bestimmte Kräfte innerhalb Kurdistans, und das sind die Großkapitalisten und die Großgrundbesitzer. In unseren Untersuchungen in diesem Gebiet hat sich gezeigt, daß für die Menschen am wichtigsten ist, nicht ausgebeutet zu werden. Danach beurteilen sie die Menschen, nicht, ob einer Kurde ist oder nicht, ist entscheidend, sondern ob einer Ausbeuter ist oder nicht. Das bedeutet nicht, daß nicht jedes Gebiet Besonderheiten hat, kulturelle, religiöse usw., und damit die Arbeit vorankommt, muß man diese Besonderheiten mit einbeziehen.

In der Konferenz, die jetzt stattfindet, haben sich vor allem zwei Standpunkte zu den Fragen der Völker entwickelt. Die Demokratische Partei Kurdistans sieht die nationale Frage als wichtigste Frage an und diese Partei denkt, daß zunächst die



nationale Frage gelöst werden muß, dann können die Klassenauseinandersetzungen geführt werden. Wir denken, daß ohne Klassenkampf die Frage der Nationalität nicht gelöst werden kann.

Frage: Wie ist dieser Widerspruch auf der Konferenz gelöst worden?

Volksfedayin: Dieser Widerspruch ist nicht lösbar zwischen uns. Nur in bestimmten Fragen können wir zusammenarbeiten. Unsere Vorstellungen sind verschieden. Das unterschiedliche Vorgehen der Demokratischen Partei und unserer Organisation hängt mit den Kräften zusammen, auf die wir uns stützen. Wir stützen uns auf bestimmte Kräfte, während die Demokratische Partei sich auf alle Kräfte stützt, weil sie ja vom Kurdischen ausgeht. Letztlich denke ich, daß die Politik der Demokratischen Partei auf Klassenzusammenarbeit hinausläuft, sie wollen die nationale Einheit erreichen. Wir aber wollen Bewußtsein erzeugen, und wenn Bewußtsein da ist und die Massen in Bewegung geraten sind, werden wir sie unterstützen. Bei uns kommt es nicht auf die Quantität der Kräfte an, sondern auf die Klassenzugehörigkeit.

Die Demokratische Partei führt Gespräche mit der Regierung und versucht, auf dem Gesprächswege die Widersprüche mit der Zentralregierung zu lösen. Sie ist darauf angewiesen, soviel Leute wie möglich um sich zu scharen. Aber so wie wir die Regierung einschätzen, glauben wir nicht, daß man durch Gespräche mit dieser Regierung die nationale Frage lösen kann.

Um der Regierung zu zeigen, daß sie stark ist, stützt sich die Demokratische Partei auf Waffen, um zu sagen, hier ist eine Kraft. Wir aber setzen auf eine marxistische Organisierung der Kräfte, wir versuchen einen Organisationsaufbau zu machen, aber wenn es darauf ankommt und wenn es sein muß, setzen wir auch die Waffe ein. Letztlich sind wir für die Revolution im ganzen Iran, die alle Fragen löst, auch die nationale Frage. Um das zu erreichen, muß die Partei der Arbeiter aufgebaut werden.

Frage: Wie sieht Eure Praxis aus?

Volksfedayin: In Sanandaj gibt es eine Fabrik, die Häuser für die Armee gebaut hat, die Fabrik Mad. Alle sozialen Leistungen, wie freier Sonntag, Jahresurlaub, die unter dem Schah-Regime eingeführt worden waren und die den Arbeitern zustanden, waren ihnen seit drei Jahren verweigert worden. Nach dem Aufstand wurden die Arbeiter außerdem arbeitslos, weil die Armee wegen der großen Unruhe, die herrschte, nicht bereit war, die Arbeit fortsetzen zu lassen. Das war die Situation zehn Tage nach dem Aufstand.

In Kurdistan hatten wir zu dem Zeitpunkt überhaupt keine Erfahrungen mit Arbeitern und der Arbeiterbewegung. Wir erfuhren, daß die Arbeiter aus Protest die Fabrikhallen anzünden wollten. Wir sind hingegangen, haben mit ihnen geredet und sie unterstützt. Wir haben ihnen vorgeschlagen, daß sie, statt die Hallen anzuzünden, sie lieber versteigern

sollten und das Geld für sich nehmen, falls die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde. Da die Fabrik nicht arbeitete, konnten wir ihnen nicht vorschlagen, die Leitung der Fabrik zu übernehmen. Zunächst hatten die Arbeiter kein Vertrauen zu uns, da wir das erste Mal aufgetreten sind.

Schließlich haben wir die Arbeiter dann doch dazu gebracht, die Fabrik nicht anzuzünden, sondern über ihre Forderungen zu verhandeln. Wir haben den Arbeitern Hilfestellungen gegeben, damit sie mit den Ingenieuren verhandeln und sie unter Druck setzen. Nach einem Monat waren die Kapitalisten gezwungen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Die arbeitsfreien Tage und die Urlaubstage mußten für drei Jahre rückwirkend bezahlt werden. Das hatte es bis dahin noch nicht gegeben, daß Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen konnten und dann auch noch rückwirkend für drei Jahre.

Da die meisten Arbeiter vom Lande stammen, haben sie über diese erfolgreiche Auseinandersetzung in ihren Dörfern erzählt. Daraufhin haben die bäuerlichen Familien begonnen, zu uns zu kommen und uns ihre Probleme zu schildern. Da die Fabrik nicht mehr arbeitete, haben die Arbeiter neue Arbeitsstellen angenommen und überall erzählt, daß wir, die Volksfedayin, es verstehen, ihre Forderungen zu unterstützen, und so ist in einem größeren Gebiet für uns Propaganda gemacht worden.

Mit den Arbeitern, die sich in dieser ersten Aktion profiliert haben, haben wir dann weitergearbeitet, um die Organisierung voranzutreiben. Diese Arbeiter haben dann an ihren neuen Arbeitsstellen damit begonnen, kommunistische Kerne zu bilden. Inzwischen gibt es sieben Syndikate in Sanandaj."

Zum selben Thema ein Sprecher der DPK:

Bulurlan: Nach dem Sturz des Schah-Regimes haben wir vom Standpunkt des Klassenkampfes eine neue Etappe des Kampfes vor uns. Aber weil in Kurdistan eine doppelte Unterdrückung existierte, befindet sich die Etappe des nationalen Kampfes auf ihrem Höhepunkt. Es kann sein, daß in diesem Zusammenhang verschiedene Gruppen die Sache unterschiedlich betrachten, aber in einer Sache sind sie sich einig, im nationalen Kampf und in der Errichtung der Autonomie, ob Muftizadeh oder andere. Diese Kräfte führen in dieser Periode des nationalen Kampfes den Kampf auf ihre Art.

Wir, die Demokratische Partei Kurdistan, sind eine Partei mit langer Erfahrung und einer 34jährigen Tradition. Das Volk achtet uns und erkennt uns an. Wir versuchen alle Gruppen, die auf ihre eigene Art für Autonomie kämpfen, zu vereinheitlichen, das ist die uns anvertraute Aufgabe.

Wenn die jetzige Regierung unsere Partei konkret angreift, geschieht das aufgrund ihrer Kenntnis, daß die DPK die einflußreichste Partei ist und die stärkste Organisationsfähigkeit hat. Sie will die Demokratische Partei Kurdistan vom Volk isolieren. Deswegen hat sie ihren Kampf gegen die Demokratische Partei Kurdistan verstärkt, deswegen die



Unterstellung, daß wir Elemente des Zionismus und Imperialismus seien und ähnliche Diffamierungen.

Die Regierung weiß selbst, daß das nicht stimmt. Die einzige Organisation, mit der wir im Weltmaßstab Kontakt haben, ist die Palästinensische Befreiungsorganisation, die PLO, und keine andere Organisation im In- und Ausland. Die PLO ist sogar als Vermittler für unsere Organisation beim Imam (Khomeiny) aufgetreten, wir sind die einzige Organisation, für die die PLO das gemacht hat. Wenn wir Elemente von Zionismus und Imperialismus wären, wie könnte dann die PLO versuchen, zu vermitteln!

Frage: In Türkisch-Kurdistan spielen die kurdischen Aghas, die Feudalherren, eine wichtige Rolle bei der Unterdrückung des kurdischen Volks, und zwar in Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung. Ist das nicht hier in Iranisch-Kurdistan ebenso?

Bulurian: Wenn wir die Rückschrittlichkeit Kurdistans auf die Schultern der kurdischen Feudalherren schieben würden, würden wir den Schah, den Lakaien des Imperialismus, und die Imperialisten freisprechen.

Die Rückständigkeit Kurdistans umfaßt alle Klassen in Kurdistan. Feudalismus im wissenschaftlichen Sinne gibt es in Kurdistan nicht. Es kann sein, daß ausnahmsweise so etwas existiert. Meist sind die Feudalherren in Kurdistan arm. Die meisten Ländereien, die sie besitzen, lassen sich nicht bewässern.

Es ist bekannt, daß die Feudalherren am nationalen Befreiungskampf teilgenommen haben. Selbst der Kampf, der jetzt in Urumieh stattfindet, ist ein gemeinsamer Kampf der Feudalherren und Bauern, weil sie nicht akzeptieren wollen, daß die Zustände, die unter dem Schah-Regime herrschten, noch einmal hergestellt werden. Es ist ein einheitlicher Kampf für die Rechte und Forderungen des kurdischen Volkes, sie wollen nicht den Einsatz nichteinheimischer Polizei und Gendarmerie eingesetzt werden.

Dieser einheitliche Kampf zeigt, daß die nationale Unterdrückung alle Klassen und Schichten betrifft. Natürlich werden die Bauern mehr unterdrückt, und ich sage nicht, daß die Feudalherren die Bauern nicht unterdrücken. Unsere Reaktion gegen die Feudalherren neulich war wegen der Bauern. Trotzdem gibt es unter den Feudalherren Leute, die für die nationale Befreiung kämpfen. Wir versuchen sie als Freunde unserer Partei an unserer Seite zu haben und sie in unseren Kampf einzubeziehen. Ich muß hinzufügen, daß natürlich 80% unserer Mitglieder aus Bauern bestehen.

Falls die Großgrundbesitzer die Bauern unterdrücken

sollten, werden wir an der Seite der Bauern stehen und sie verteidigen. Aber wir versuchen, die Großgrundbesitzer nicht aus unseren Reihen abzuspalten. Wir versuchen, sie in dieser Etappe des Kampfes auf unserer Seite zu halten. Ab und zu, um sie zu warnen, weisen wir sie in ihre Schranken zurück.« Am Ende des Kapitels über die Kurden ist noch der »Entwurf eines Programmes für das Selbstbestimmungsrecht der iranischen Völker vom »Koordinationsrat der kurdischen Gruppierungen« abgedruckt, in dem u.a. die Kontrolle aller Verwaltungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Dienstleistungsinstitutionen des Landes Kurdistan durch die Autonomie-regierung gefordert wird sowie der Aufbau einer nationalen Polizeiorganisation. Die Zentralregierung soll demnach für die Außenpolitik, die allgemeine ökonomische Langzeitplanung einschließlich Förderung der rückständigen Gebiete, sowie die Verteidigung der nationalen Grenzen Irans durch die nationale Armee — die in Kurdistan aus Kurden bestehen soll — zuständig sein.

Ein weiteres Thema, das in dem Buch sehr differenziert und von verschiedensten Erfahrungen her dargestellt wird, ist die Situation der Frauen und die Probleme politischer Arbeit unter Frauen. Einige Interviews stellen die unterschiedlichen Lebensgeschichten und Erfahrungen von Frauen aus verschiedenen Schichten dar. In den Interviews mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen ist meist die Rede von den Schwierigkeiten, die die wenigen aktiven Frauen mit ihrer meist kleinbürgerlichen und intellektuellen Herkunft haben, um überhaupt mit der Masse der Frauen aus den unteren Schichten in Kontakt zu kommen, z.B. in den Elendsvierteln rund um Teheran, wo sie mit medizinischer Hilfeleistung, mit Lese- und Schreibkursen begonnen haben.

Über die speziellen Ausgangsbedingungen und Ziele ihrer Frauenarbeit in Kurdistan/ hier noch die Aussagen von 3 Vertreterinnen des »Bundes der Frauen in Mahabad«, der zur DPK gehört:

»Bund der Frauen« Was verstehen Sie unter doppelter Unterdrückung? Wir denken da an unsere nationale Unterdrückung.

Frage: Unter doppelter Unterdrückung verstehen wir die Unterdrückung durch das gesellschaftliche System und dann die Unterdrückung der Frau durch den Mann, die Geschlechterunterdrückung.

Bund der Frauen: Diese doppelte Unterdrückung sehen wir auch. Wir sind der Meinung, daß die gesellschaftlichen Gruppen, die nicht an der Produktion teilnehmen, stärker unterdrückt werden. Da die Frau in Kurdistan nicht an der

Produktion teilnimmt, wird sie auch mehr unterdrückt. Eine wichtige Grundlage für die Unabhängigkeit ist die Teilnahme an der Produktion.

In der Umgebung von Mahabad, in der Landwirtschaft, nimmt die Frau an der Produktion teil. Ich bin der Meinung, daß es in diesem Gebiet noch Überreste der Mutterherrschaft gibt.

Wegen des herrschenden Systems in Persien, wegen des Imperialismus und des Schah-Regimes ist besonders die Bildung der Frauen sehr niedrig gehalten worden, der Anteil der Frauen auf Universitäten und in der Ausbildung ist sehr niedrig gewesen.

Eine Forderung der Demokratischen Partei Kurdistans, der dritte Punkt, lautet: Gleichheit der Männer und Frauen. In unserer Partei sind auch einige Frauen aktiv. Die Frauen in Kurdistan nehmen gemeinsam mit den Männern an dem bewaffneten Kampf teil. Wir selbst sind an den Waffen ausgebildet worden.

Frage: Gilt das für alle Frauen Ihrer Organisation?

Bund der Frauen: Die Frauen, die Interesse an der militärischen Ausbildung haben, werden ausgebildet.

Frage: Ist das schon länger der Fall oder sind die militärischen Gruppen der Frauen erst im Zusammenhang mit der Entstehung der Frauenorganisation gebildet worden?

Bund der Frauen: Soweit man auf die Geschichte der Kurden zurückblickt, haben die Frauen immer an dem bewaffneten Kampf teilgenommen. Wir versuchen, die Frauen zu organisieren und auch auf den Kampf vorzubereiten.

Frage: Sie sprachen vorhin davon, daß auf dem Lande noch Überreste des Mutterrechts existieren. Woran kann man das festmachen?

Bund der Frauen: Die Frau hat vor allem im Hause mehr Rechte als der Mann. Sie bestimmt, was die Kinder, was der Mann machen soll. Sie verwaltet das gesamte Geld und schickt den Mann mit bestimmten Aufträgen in die Stadt.

In der Stadt ist es nicht so. Da sitzt die Frau zu Hause, kocht, wäscht und macht sauber und wird sehr unterdrückt.

Ein dritter Punkt, über den das vorliegende Buch uns viele bisher unbekannt Informationen zugänglich macht, ist die Entstehungsgeschichte und die erst jetzt sich langsam entwickelnde und vertiefende politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen linken Organisationen. Vertreter der »Demokratischen Nationalfront«, der »Vereinigten Linken«, der »Peykar« (Kampf), der »Volksfedayin«, der »Demokratischen Partei Kurdistans«, und der »Tudeh-Partei« stellen ihre Einschätzung der gegenwärtigen Lage, ihre Ziele und Ansatzpunkte, z. T. auch Gemeinsamkeiten und Kritik an den Auffassungen anderer Gruppen dar.

Von besonderem Interesse erscheint mir ein Interview mit dem Generalsekretär der Tudeh-Partei bis Anfang 1979, Iradj Eskandary, weil hier ein führendes Mitglied einer mehr oder weniger »Moskau-treuen« KP, der vermutlich wegen seiner Moskau-unabhängigen und stärker von nationalen Interessen ausgehenden Auffassungen abgesetzt wurde, relativ offen seine Meinung zur Geschichte und gegenwärtigen Situation der Tudeh-Partei darlegt. Auch partei-interne Differenzen werden nicht ausgespart. Zur Illustration einige Auszüge. Die Fragen stellte in diesem Fall »Teheran Mosawar«, eine persische Zeitung.

»Teheran Mosawar: Wie erklären Sie die vollständige Akzeptierung des Revolutionsrates durch die Tudeh-Partei?

Eskandary: Akzeptiert wird die Hauptrichtung des Kampfes, d. h. der antiimperialistische Kampf. Wir sind der Meinung, daß der antiimperialistische Kampf unter den heutigen Verhältnissen die grundlegendste Bewegung darstellt. Aber die Tudeh-Partei hat gegen alle antidemokratischen Maßnahmen der monopolistischen Kräfte (die neuen Machthaber im Iran sind gemeint, Anm.) keinen Standpunkt und keine Kritik, z. B. in Bezug auf die Ächtung der Presse oder auf die Angriffe gegen die politischen und sozialen Freiheiten. Obwohl alle diese Maßnahmen offen oder heimlich vom Revolutionsrat unterstützt wurden.

Teheran Mosawar: Warum schweigt die Tudeh-Partei diesen antidemokratischen Maßnahmen gegenüber?

Eskandary: Im Iran existiert ein revolutionärer Prozeß. Die erste Etappe, das heißt die Vernichtung der Diktatur des Schah und der Sturz der gesamten Monarchie, ist erfolgreich abgeschlossen. Die Revolution gehört allen Menschen, und der Imam ist ihr Führer. Solange der Imam einen antiimperia-

listischen Standpunkt innehat, müssen wir ihn unterstützen. Die iranische Revolution hat zwei Aspekte: antiimperialistisch/national und antidiktatorisch/demokratisch. Aber zu jeder Zeit muß man beachten, welcher Aspekt Priorität besitzt. Unter den jetzigen Verhältnissen kann – wie ich gesagt habe – der Kampf ohne Freiheit und richtige Demokratie nicht zum Sieg führen. In Wahrheit sind der Kampf um Freiheit und der Kampf um Unabhängigkeit zwei Seiten einer Medaille. Aber die Hauptrichtung des Kampfes ist der antiimperialistische Kampf, und auf dieser Grundlage unterstützen wir den Imam. Es ist richtig, sie akzeptieren uns nicht, aber wir akzeptieren sie. Aber diese Unterstützung kann keine allseitige Akzeptierung bedeuten. Wir verteidigen die Demokratie und die demokratischen Rechte der Nation. Wenn es nicht so aussieht, gibt es bestimmt Fehler, die klein sind.

Teheran Mosawar: Warum hat dann die Partei an der Demonstration (gegen Pressezensur nach der Ächtung Ayandegans, 150.000 Menschen nahmen teil, Anm.), die von kämpferischen antiimperialistischen Kräften organisiert worden war, nicht teilgenommen?

Eskandary: Ich weiß über diese Entscheidung nichts, da ich in der Sitzung nicht anwesend war,... Obwohl ich Mitglied des Exekutivkomitees bin, weiß ich nichts davon. Vielleicht hatte die Partei gedacht, daß diese Demonstration gegen Ayatollah Khomeiny gerichtet war und wollte nicht den Eindruck erwecken, als ob sie gegen den Revolutionsrat sei. Auf jeden Fall, falls ein Fehler vorliegt, soll er beseitigt werden.

Meiner Meinung nach soll die Tudeh-Partei die freiheitlich demokratischen Rechte verteidigen. Es muß die Monopolisierung der Macht bekämpft werden. Gegenüber den Anschlägen auf die Freiheit muß Widerstand geleistet werden. Der Kampf für die demokratischen Rechte muß jedoch im Zusammenhang mit der Hauptrichtung des gegenwärtigen Kampfes und verantwortungsbewußt gegenüber den Maßnahmen der Antirevolutionäre geführt werden. (...)

Teheran Mosawar: Kann man daraus schließen, daß in der Tudeh-Partei Cliques-Kämpfe üblich sind?

Eskandary: Man kann nicht verneinen, daß es seit längerer Zeit einige falsche Erscheinungen wie z. B. Cliques-Kämpfe in unserer Partei gegeben hat, so daß in den Plenen des ZK auch darauf hingewiesen wurde. Ich hoffe, daß es in der gegenwärtigen Situation einige Änderungen geben wird.

Teheran Mosawar: Sind alle Vorstandsmitglieder mit der gegenwärtigen Politik der Partei einverstanden?

Eskandary: Nein, es gibt Meinungsverschiedenheiten. Das ist auch ganz natürlich, die Meinungsverschiedenheiten werden jedoch auf Grundlage der Mehrheitsbeschlüsse gelöst.

Teheran Mosawar: Meinen Sie, daß die Tudeh-Partei ein neuer Parteityp der Arbeiterklasse ist?

Eskandary: Nein, noch nicht. Das ist keine einmalige Erscheinung, es existieren Fehler, wie z. B. Fraktionismus, keine organisatorische Verbindlichkeit usw.

Teheran Mosawar: Die Tudeh-Partei hat sich in der Zeit der Nationalisierung des Erdöls und der antiimperialistischen Kämpfe des iranischen Volkes gegen die Parole der Nationalisierung des Erdöls gestellt und hat die Vergabe der Erdölkonzession im Norden des Iran an die Russen befürwortet. Die Tudeh-Partei hat sich auch gegen Dr. Mossadegh, den nationalen Führer des Iran, gestellt und ihn als Agent der USA bezeichnet. Warum hat Ihrer Meinung nach die Partei solche Fehler begangen?

Eskandary: Unsere Politik ist in den erwähnten Fällen ganz falsch gewesen. Das habe ich damals, d. h. in der Zeit des Kampfes um die Nationalisierung des Erdöls, auch gesagt, denn unsere Parole, d. h. die der Auflösung des Erdölabkommens im Süden (wo die Briten die Konzessionen besaßen, Anm.), ist gegenüber der Parole Mossadeghs und des Volkes ganz falsch gewesen. Da sich Mossadegh gegen die Vergabe der Erdölkonzession im Norden an die Russen gestellt hatte, hat sich die falsche Vorstellung in der Führung der Partei festgesetzt, daß er ein amerikanischer Agent ist. Wir haben auf dem 4. Plenum des ZK diese Fehler eingesehen und haben zugegeben, daß die Tudeh-Partei die nationale Bewegung und Mossadegh nicht richtig eingeschätzt hat.

Eskandary berichtet im weiteren noch sehr ausführlich über die Politik der Tudeh-Partei in den verschiedenen Etappen der iranischen Geschichte, über weitere Differenzen und über das Verhältnis zur Sowjetunion, die wegen ihrer Ausführlichkeit hier jedoch nicht mehr zitiert werden können.